



Europäische
Kommission

WINTER 2014 ▶ Nr. 51

panorama

inforegio

▶ Die neue Kommission tritt ihr Amt an

Corina Crețu –
neue Kommissarin für
die EU-Regionalpolitik

- ▶ Kohäsionspolitik unterstützt
Klima- und Energieinvestitionen
- ▶ Die Zukunft von Interreg?
- ▶ Mit Peer Learning die
Verwaltungskapazität
stärken

Regionalpolitik
und Stadtent-
wicklung

▶ EDITORIAL	3
Walter Deffaa, Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung	
▶ INTERVIEW	
DIE KOHÄSIONSPOLITIK KANN EUROPA ZURÜCK AUF DEN RICHTIGEN WEG BRINGEN ... 4-7	
Corina Crețu, Kommissarin für Regionalpolitik	
▶ SCHWERPUNKT	
KOHÄSIONSPOLITIK, KLIMAWANDEL UND ENERGIESICHERHEIT	
	8-11
▶ REGIONALE PARTNER KOMMEN IN SCHAREN ZU DEN OPEN DAYS 2014	12-15
▶ TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT IN DER REFORMIERTEN KOHÄSIONSPOLITIK ..	16-19
▶ NACHRICHTEN IN KÜRZE	20-21
▶ POSTER FOTOWETTBEWERB „EUROPE IN MY REGION“	22-23
▶ STÄRKUNG DER ADMINISTRATIVEN KAPAZITÄT ZUR VERWALTUNG DER ESIF	24-26
▶ MULTI-LEVEL-GOVERNANCE – DER VAN-DEN-BRANDE-BERICHT	27-29
▶ ELER: AGRARWIRTSCHAFT UND ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT IN EUROPA	30-33
▶ NÄCHSTE SCHRITTE FÜR DIE EU-STÄDTEAGENDA	34-35
▶ BEWERTUNG DER EFFEKTIVITÄT DER KOHÄSIONSPOLITIK	36-37
▶ KARTEN	38-39
Lebenserwartung in der EU und den USA	
▶ ITALIENISCHE PRÄSIDENTSCHAFT DES RATS DER EUROPÄISCHEN UNION	40-41
▶ PROJEKTE	42-43
Beispiele für Projekte aus Deutschland und der Europäischen territorialen Zusammenarbeit	
▶ TERMINE	44



Fotos (Seiten):

Titelbild: © Europäische Kommission

Seiten 3, 4-5, 7, 14, 18, 20, 27, 29, 41:

© Europäische Kommission

Seite 8: Y. Le Gal – Médiathèque EDF

Seite 9: © Ecoplus

Seite 18: Abbildung © Shutterstock

Seite 20: © FIN EN Projekt

Seite 21: Adela Nistora, Ieva Viksne und Kristina Grigoule

© Europäische Kommission

Seite 30: © Shutterstock

Seite 31: links: Photoman29 © Shutterstock,

rechts: Iakov Filimonov © Shutterstock

Seiten 32-33: Auremar © Shutterstock

Seiten 34-35: Slowenien: Matej Kastelic © Shutterstock;

Spanien: J2R © Shutterstock; Deutschland: Mezzotint © Shutterstock

Seite 40: © Gilda Carbone

Seite 42: © Enertrag/Tom Baerwald

Seite 43: © B.NEW

Dieses Magazin ist in gedruckter Form auf Recycling-Papier in englischer, französischer und deutscher Sprache verfügbar. Online-Fassungen sind in 22 Sprachen abrufbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/information/panorama/index_de_cfm

Diese Ausgabe wurde im November 2014 abgeschlossen.

RECHTLICHER HINWEIS

Die Europäische Kommission und die in ihrem Namen handelnden Personen übernehmen keine Verantwortung für die Verwendung der in diesem Bericht enthaltenen Angaben bzw. für eventuelle, trotz der sorgfältigen Vorbereitung und Prüfung der Texte noch vorhandene Fehler. Das vorliegende Dokument spiegelt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wider.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

ISSN 1725-8294

© Europäische Union, 2014

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Zwecks Nutzung bzw. Wiedergabe von urheberrechtlich geschützten Inhalten, die als solche gekennzeichnet sind, ist die Genehmigung der Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Printed in Belgium



▶ EDITORIAL

Walter Deffaa

Generaldirektor
für Regionalpolitik und Stadtentwicklung,
Europäische Kommission

Wir freuen uns, in dieser Ausgabe des *Panorama*-Magazins, der ersten seit die neue Kommission ihr Amt angetreten hat, unsere neue Kommissarin für Regionalpolitik, **Corina Crețu**, begrüßen zu dürfen. Es ist ein großes Glück, dass eine politische Meisterin mit einer so großen Erfahrung hinsichtlich der Arbeitsweise der EU-Institutionen und einem Bewusstsein für die Realität in den Regionen, den reichsten wie den ärmsten, das Ressort leiten wird.

Dies ist auch der richtige Augenblick, um Kommissar **Johannes Hahn** unsere Dankbarkeit auszusprechen. Er hat sich in diesem Aufgabenbereich sehr erfolgreich für die Neuausrichtung der Kohäsionspolitik als Hauptinstrument der EU zur Ankurbelung der Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von KMU, Forschung, Innovation und Energieeffizienz eingesetzt. Er hat sichergestellt, dass die Gestaltung der neuen Programme für den Zeitraum 2014 bis 2020 in vollem Umfang zu den wichtigsten Prioritäten der EU beitragen kann.

Grünes Licht für Partnerschaftsvereinbarungen

Wir freuen uns außerdem, berichten zu können, dass inzwischen alle 28 Partnerschaftsvereinbarungen mit den Mitgliedstaaten fertig ausgearbeitet und genehmigt sind. Die Partnerschaftsvereinbarungen legen jeweils die nationalen Strategien im Hinblick auf den optimalen Einsatz der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) für die nächsten sieben Jahre fest.

2015 werden die operationellen Programme (OPs) der Mitgliedstaaten, welche die regionalen Investitionspläne für den Programmplanungszeitraum 2014 bis 2020 darlegen, volle Fahrt aufnehmen. Viele OPs werden wahrscheinlich bis zum

Jahresende genehmigt; die restlichen sollten im ersten Halbjahr 2015 angenommen werden. Die operationellen Programme werden sich auf eine große Zahl essenzieller EU-Prioritäten auswirken, z. B. Energiesicherheit, Klimapolitik, digitale Wirtschaft, Stadtentwicklung und Unterstützung von KMU.

Wie Sie in dieser Ausgabe von *Panorama* nachlesen können, arbeitet die Kommission bereits aktiv an der Verbesserung der Verwaltungskapazität der Mitgliedstaaten, damit diese die ESIF nutzen und die Programme ordnungsgemäß verwalten können. Wir helfen, die Kompetenzen unserer Kollegen in den Mitgliedstaaten durch innovative Schulungen und die Vernetzung nationaler Sachverständiger zu stärken.

25 Jahre Interreg

Diese Ausgabe wirft auch einen Blick auf die Interreg-Programme, die Regionen und Städte aus unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten ermutigen, zusammenzuarbeiten und voneinander durch gemeinsame Programme, Projekte und Netzwerke zu lernen. Die auch als Interreg bekannte Europäische territoriale Zusammenarbeit feiert nächstes Jahr ihr 25-jähriges Jubiläum und hat sich zu einem wichtigen Eckpfeiler der europäischen Kohäsionspolitik entwickelt. Diese Projekte konnten Vertrauen und ein Gefühl der Solidarität zwischen den Regionen aufbauen, haben die Menschen einander nähergebracht und sichergestellt, dass gemeinsame Probleme mit gemeinsamen Lösungen angegangen werden, sei dies im Bereich Innovation, Gesundheit, Infrastruktur, Bildung, Ausbildung oder Energie. Im Zeitraum 2014 bis 2020 werden im Rahmen von rund 100 Programmen zur Zusammenarbeit fast 10 Mrd. EUR in die Zusammenarbeit zwischen den Regionen und territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Partnern investiert werden.

► „DIE KOHÄSIONSPOLITIK KANN EUROPA ZURÜCK AUF DEN RICHTIGEN WEG BRINGEN“

CORINA CREȚU



Am 1. November übernahm die Rumänin Corina Crețu die Zügel von Johannes Hahn als Kommissarin für Regionalpolitik. Nach acht Jahren im Europäischen Parlament ist sie mit der Entwicklung der neuen Kohäsionspolitik und den Feinheiten der Arbeitsweise der EU wohlvertraut. Sie ist entschlossen, sicherzustellen, dass alle Regionen der Europäischen Union spürbar davon profitieren.

Die neue Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, überwacht die Umsetzung des größten europäischen Budgets für Investitionen und Wirtschaftsentwicklung in Höhe von 351 Mrd. EUR.

„Ich habe mich sehr gefreut, den Aufgabenbereich Regionalpolitik übertragen zu bekommen. Mit ihrem Fokus auf effektive Investitionen in den Regionen ist sie einer der wichtigsten strategischen politischen Ansätze, um Europa wieder auf den richtigen Weg zurückzubringen. Mit den europäischen Struktur- und Investitionsfonds stehen uns nun die Ressourcen zur Verfügung, um weniger entwickelten Regionen zu helfen, wettbewerbsfähig zu werden, und fortschrittlicheren Regionen, eine überragende Leistung zu erbringen. Es ist wichtig, dass sich die Kohäsionspolitik für alle Europäer einsetzt.“

Als ehemalige Sprecherin des rumänischen Präsidenten, erfahrene Journalistin und ausgebildete Ökonomin war

Corina Crețu in den letzten acht Jahren Mitglied des Europäischen Parlaments (EP) und wurde dann Stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses und später Vizepräsidentin des EP.

„Als MdEP genoss ich das Privileg, weit in Europa und darüber hinaus herumzukommen und viele Menschen und besondere Interessengruppen zu treffen. Dies hat mir geholfen, ihre Bedürfnisse und Sorgen umfassend kennenzulernen.“

Gute Beziehungen zu Abgeordneten

Durch ihre Arbeit im Parlament hat sie eine klare Vorstellung davon, was dieses gewählte Gremium mit seinen gestärkten Befugnissen von der Kommission erwartet. Die neue Kommissarin beabsichtigt, eng mit dem Europäischen Parlament in Verbindung zu bleiben und regelmäßig an die MdEPs zu berichten und den Dialog mit ihnen zu pflegen.

„Das ist natürlich zum einen aus Sicht der Rechenschaftspflicht wichtig, zum anderen aber auch, um diesen umfangreichen und oft komplexen Politikbereich besser erklären und kommunizieren zu können“, führt sie aus. „Es gibt im Europäischen Parlament viele neue Gesichter – ungefähr 60% haben gewechselt. Viele haben schon praktische Erfahrung mit der Arbeit auf regionaler Ebene. Es ist wichtig, Informationen mit diesen Abgeordneten auszutauschen und sich ihre Vorstellungen anzuhören.“

BIOGRAFIE

Corina Crețu ist in Bukarest geboren und studierte Volkswirtschaft, ehe sie sich dem Journalismus zuwandte. Von 1990 bis 1992 war sie Reporterin und Kommentatorin für verschiedene rumänische Zeitungen. Zwischen 2000 und 2004 war sie als Beraterin und Sprecherin des rumänischen Präsidenten tätig und leitete außerdem das Amt für öffentliche Kommunikation. Sie wechselte mit den Sozialdemokraten (PSD) in die rumänische Politik und stieg schnell zur Vizepräsidentin der Partei auf.

2007 zog Corina Crețu ins Europäische Parlament ein, wo sie in einer Reihe von Ausschüssen tätig war: Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (2007-2012 und 2014), Bürgerliche Freiheiten (2014), Entwicklung (2009-2014), Auswärtige Angelegenheiten (2009-2014) und im Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (2009-2011). Darüber hinaus war sie in zahlreichen offiziellen Delegationen vertreten, insbesondere in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum sowie den Delegationen für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, zu Israel und EU-Serbien. Von 2012 bis 2014 war sie Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament. Sie ist Autorin des Buchs *România europeană* (Europäisches Rumänien).



▶ Corina Crețu mit Jonathan Hill (links), Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, und Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission.

Die Mittelaufnahme verbessern

Im Oktober durchlief Corina Crețu, bevor ihre Ernennung bestätigt wurde, die detaillierte Befragung im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Europäischen Parlaments. Bei dieser Anhörung hob sie eine Reihe von Schlüsselbereichen, die unmittelbare Maßnahmen erfordern, hervor. Einer davon war die Verbesserung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten, die aus Brüssel zur Verfügung stehenden Investitionsmittel abzurufen und zu verwalten. „Die Verwaltungskapazität, eine gute Governance und solide öffentlich-private Partnerschaften sind meiner Meinung nach wichtiger als Geld. Sie sind für die Gestaltung und Umsetzung einer erfolgreichen Kohäsionspolitik unerlässlich“, erklärt sie. „Diese Punkte definieren die notwendigen Bedingungen, die herrschen müssen, damit Investitionen sich langfristig wirtschaftlich auswirken.“

Alle Partnerschaftsvereinbarungen angenommen

„Die Partnerschaftsvereinbarungen, die inzwischen alle angenommen wurden, bilden einen wichtigen strategischen Rahmen, der vollständig auf die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission sowie die Strategie Europa 2020 abgestimmt ist. Sie bieten eine Plattform für die Entwicklung stärker fokussierter Programme, die auf klaren Prioritäten basieren. Und diese enthalten nun explizite Anforderungen an die Evaluierung und Leistung.“

„Die neue Kohäsionspolitik ist wirklich so ausgelegt, dass sie einen echten Beitrag zum Leben der Menschen in Europa leisten kann, insbesondere indem sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den Regionen anregt.“

▶ CORINA CREȚU – EU-KOMMISSARIN FÜR REGIONALPOLITIK

Bei der Kohäsionspolitik geht es nicht um ein standardmäßiges wirtschaftliches Patentrezept“, erklärt sie. „Es handelt sich um eine ‚ortsbasierte‘ Politik, die eine territoriale Differenzierung erfordert und sich das wirtschaftliche Leistungsvermögen – auch die weniger offensichtlichen Aspekte – sowie die ökonomischen Chancen in jeder einzelnen Region ansieht.“

Die Kohäsionspolitik arbeitet in der ganzen EU eng mit den Kräften vor Ort zusammen und ist hervorragend aufgestellt, um regionale Eigenheiten zu verstehen und mit aufzunehmen“, führt sie aus. „Dies kann entscheidend dazu beitragen, Präsident Junckers Vision für Wachstum und Beschäftigung Wirklichkeit werden zu lassen.“



DIE NEUE GESTALTUNG DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Der neue Präsident der Europäischen Kommission, **Jean-Claude Juncker**, hat hinsichtlich der Art, wie die Kommissare agieren und die Ressorts verwaltet werden, einige Änderungen eingeführt.

So wurde eine „beaufsichtigende“ Gruppe von Vizepräsidenten eingeführt. Diese werden eine koordinierende Rolle übernehmen und mit einzelnen Kommissaren zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass alle politischen Entwicklungen zu 100 Prozent mit der übergeordneten strategischen politischen Richtung der EU übereinstimmen.

„Ich freue mich, als Kommissarin für Regionalpolitik im Rahmen dieser neuen Struktur arbeiten zu können, in der die Kommissare zusammenarbeiten und ihre Ressourcen unter der Koordination eines Vizepräsidenten, der im Auftrag des Präsidenten handelt, in einer variablen Struktur zusammenführen“, kommentiert Kommissarin **Corina Crețu**. „Ich bin absolut für Kollegialität und dafür, Revierstreitigkeiten unter den Diensten und Machtgrenzen hinter uns zu lassen. Dank dieses neuen Systems sollten wir in der Lage sein, Ressourcen schnell neu auszurichten, um dringende Prioritäten anzugehen, sodass wir unsere Aufmerksamkeit und ein gemeinsames Vorgehen dort konzentrieren können, wo es wirklich brennt.“

Die Kommission hat vor Kurzem eine neue Mitteilung zu den Arbeitsmethoden verabschiedet, in der sie erklärt, wie das neue System funktionieren wird.

Neue Taskforce

Die Kommissarin hat die Initiative für die Aufstellung einer speziellen Taskforce übernommen, um den Ländern mit der niedrigsten Mittelaufnahme zu helfen, ihre Planungs- und Investitionskapazitäten zu verbessern.

Die Taskforce wird mit den ins Auge gefassten Regionen zusammenarbeiten, um dazu beizutragen, die Aufnahme der EU-Mittel – insbesondere der verbleibenden Mittel aus dem Programmplanungszeitraum 2007 bis 2013 – zu verbessern. Der Plan sieht auch vor, dass sich die Taskforce einige der Regionen ansieht, die bis jetzt viele Mittel erhalten haben, jedoch nur ein geringes Wirtschaftswachstum zeigen. „Wir müssen analysieren, was dort vor sich geht“, betont sie.

Grundsätzlich beabsichtigt die Kommissarin, technische Unterstützung, Expertise und Beratung zu mobilisieren, unter anderem auch den Mechanismus für die territoriale Zusammenarbeit, um den Verwaltungsbehörden zu helfen, ihre Strategien festzulegen, Projekte auszuwählen und zukünftige Projekte vorzubereiten, alles im Einklang mit den für den

neuen Programmplanungszeitraum festgelegten Voraussetzungen für Strategie und Leistung.

„Das Wichtigste ist, dass ich vorhabe, angemessene Unterstützung für die Nutzung aller neuen Möglichkeiten, die die Verordnungen bieten, und Finanzinstrumente bereitzustellen“, fügt sie hinzu.

„Wir befürworten absolut alles, was das Leben der Empfänger leichter macht, auch die Vereinfachung. Wir können jedoch mit den Kontrollen nicht zu sehr nachlassen. Wir sind den Steuerzahlern gegenüber verantwortlich, sicherzustellen, dass das Geld gut angelegt ist. Dies ist eine Frage der Balance.“

„Nächstes Jahr möchte ich gerne eine Arbeitsgruppe für die Vereinfachung einrichten, um sicherzustellen, dass unser Geld die letztendlichen Empfänger, ganz besonders KMU, schnell und effektiv erreicht.“

Gute Governance und keine Nachsicht bei Betrug

Bei der Anhörung durch die MdEPs im Oktober hob die Kommissarin auch hervor, wie wichtig es sei, sicherzustellen, dass bei der Umsetzung der ESI-Fonds eine gute Governance herrscht und keinerlei Nachsicht bei Betrug geübt wird.

„Ich glaube fest an Vorsorgemaßnahmen. Dies kann durch angemessene Schulungen und die Weitergabe vorbildlicher Vorgehensweisen in ganz Europa erreicht werden. Insbesondere müssen wir die Verwaltungskapazität einer Reihe von Verwaltungsbehörden im Bereich des öffentlichen Auftragswesens und staatlicher Beihilfen verbessern“, erklärt sie.

„Darüber hinaus müssen wir zu weiteren Wirtschaftlichkeitsprüfungen ermutigen. Dies ist unerlässlich, um dazu beizutragen, unsere Politik und die Art und Weise, wie sie auf die Bedürfnisse der Menschen eingeht, stetig zu verbessern.“

Beim Thema Betrugsbekämpfung betont die Kommissarin die Notwendigkeit, Transparenz und eine bessere Rechenschaftspflicht zu fördern. „Es ist wichtig, Überregulierung und überflüssige Bürden zu vermeiden, die die Dinge oft nur verdecken und verkomplizieren, anstatt den Missbrauch von Ressourcen zu vermeiden“, rät sie.

Neue Mitteilung zur Stadtentwicklung

Die neue Kommissarin stimmt der Bedeutung der engeren Integration der Städte in die Kohäsionspolitik vollkommen zu.

„Mein Vorgänger hat den Namen der Generaldirektion geändert, um die Stadtentwicklung mit aufzunehmen, und ich stimme dem vollkommen zu. Ich habe vor, im nächsten Jahr eine Mitteilung zu erarbeiten, die den Umfang unserer Bestrebungen im Bereich Stadtentwicklung festlegen wird. Sie wird über unsere derzeitigen Initiativen, einschließlich Pilotmaßnahmen und das URBACT-Netzwerk, sowie neue, sich aus den Verordnungen ergebende Chancen, integrierte städtische und lokale Programme zu fördern, Bilanz ziehen.“



► Besuch des neuen Nationalen Instituts für Physik und Nukleartechnik – Horia Hulubei, Bukarest, mit Eugen Tedorovici, dem rumänischen Minister für EU-Mittel (oben, Dritter von rechts), und der neuen Warschauer U-Bahnlinie; in Begleitung der Warschauer Bürgermeisterin Hanna Gronkiewicz (unten, Zweite von links).



Makroregionale Strategien

„Die Entwicklung makroregionaler Strategien, wie für die Region Adria und Ionisches Meer, zeigen deutlich, dass sich der Fokus der Regionalpolitik ausweitet, um sowohl Mitglied- als auch Nicht-Mitgliedstaaten miteinzubeziehen und gemeinsame regionale Herausforderungen anzugehen“, führt Crețu aus.

„Die Verwaltungskapazität, eine gute Governance und solide öffentlich-private Partnerschaften sind meiner Meinung nach wichtiger als Geld. Sie sind für die Gestaltung und Umsetzung einer erfolgreichen Kohäsionspolitik unerlässlich.“

► CORINA CREȚU – EU-KOMMISSARIN FÜR REGIONALPOLITIK

„Doch wie beurteilen wir den Erfolg dieser Programme? Welche weiteren Regionen könnten von diesem Ansatz profitieren?“, fragt sie.

Makroregionale Strategien und solche für die Meeresbecken sind ein interessanter neuer Ansatz, der Mitgliedstaaten und Regionen die Möglichkeit bietet, ihre Ressourcen zu bündeln,

um gemeinsame Herausforderungen durch neue territoriale Konfigurationen anzugehen.

„Die vorläufigen Ergebnisse der Strategien für den Ostsee- und den Donauroaum zeigen, dass sich die Teilnehmer zunehmend der Vorteile dieses Ansatzes bewusst werden und beginnen, eine starke Eigenverantwortung und ein umfassendes Engagement zu entwickeln“, so Kommissarin Crețu. „Dies gilt besonders, wenn es um ökologische Probleme geht: Meere und Flüsse kennen keine administrativen Grenzen.“

„Die Strategie für die Region Adria und Ionisches Meer ist gerade erst angelaufen und wir werden außerdem auch eine Strategie für den Alpenraum ins Leben rufen“, erklärt sie. „Wir müssen sie sorgfältig verfolgen, Bilanz ziehen und aus den Erfahrungen lernen, bevor wir uns auf mehr einlassen.“

Energieunion und digitaler Binnenmarkt

Die Kommissarin betont, dass die Kohäsionspolitik auch ein Schlüssel zur Verwirklichung der beiden Visionen der Europäischen Energieunion und des digitalen Binnenmarkts sei.

„Nicht zuletzt, da die Kohäsionspolitik für diese Themen EU-Hilfsmittel in Höhe von fast 40 Mrd. bzw. 14 Mrd. EUR bereitstellen wird.“

„Abgesehen von der finanziellen Unterstützung haben wir vielerlei Möglichkeiten, zur Energieunion beizutragen. Zum Beispiel können wir ein dezentralisiertes System zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen auf lokaler Ebene sicherstellen und intelligente Systeme sowie die Energieeffizienz von Gebäuden fördern, was sich auch deutlich positiv auf lokale Arbeitsplätze auswirken kann.“

„Im Hinblick auf den digitalen Binnenmarkt müssen wir nicht nur den Ausbau von Breitband beschleunigen, sondern vor allem auch auf der Anregung neuer Dienstleistungen und Anwendungen beharren und insbesondere das digitale Unternehmertum unterstützen, in dem viele begabte junge Menschen ihre Talente zeigen können.“

Mit Volldampf voraus

„Die modernisierte Kohäsionspolitik ist so ausgelegt, dass sie einen echten Beitrag zum Leben der Menschen in Europa leisten kann, insbesondere, indem sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in den Regionen anregt“, betont Corina Crețu.

„Vor uns liegt eine aufregende Aufgabe. Wir müssen uns jetzt auf rasche und solide Verhandlungen zu den operativen Programmen konzentrieren, um sicherzustellen, dass unsere Kohäsionspolitik uns dabei unterstützen kann, die Wirtschaftskrise zu überwinden und dringend benötigte Arbeitsplätze zu schaffen.“

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/commission/2014-2019/cretu_en

► DEN KLIMAWANDEL BEKÄMPFEN, ENERGIESICHERHEIT STÄRKEN

WIE DIE KOHÄSIONSPOLITIK AUF DIESE HERAUSFORDERUNGEN REAGIEREN WILL

Europa sieht sich heute beim Thema Energie zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Die wichtigsten Fragen kommen dabei im Zusammenhang mit Energiesicherheit sowie den langfristigen Bedrohungen durch den Klimawandel auf. Überall wird betont, wie wichtig es ist, unsere Verbrauchsgewohnheiten zu ändern, Energie zu sparen und die Ressourceneffizienz zu verbessern. Im Zentrum der Lösung all dieser Probleme steht die EU-Kohäsionspolitik, welche die Mittel und den strategischen Antrieb für deutliche Änderungen bietet.

Eine der wichtigsten Errungenschaften der reformierten Kohäsionspolitik war die Einführung verpflichtender Investitionsziele zur Unterstützung der Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft. Der Hauptfokus liegt dabei auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.

So spielen Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energiequellen in den Partnerschaftsvereinbarungen, die mit den Mitgliedstaaten über ihre Pläne für die Investitionen aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) geschlossen werden, eine herausragende Rolle.

Die aktuellen Daten deuten darauf hin, dass fast 38 Mrd. EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Kohäsionsfonds (KF) Investitionen in die CO₂-arme Wirtschaft zugewiesen werden. Dies ist im Vergleich zum Zeitraum 2007 bis 2013 mehr als eine Verdoppelung der Mittel in diesem Bereich (siehe Grafik auf Seite 10).

Für die EU als Ganzes geht dies auch weit über die von dem neuen rechtlichen Rahmen vorgeschriebenen Mindestzuweisungen hinaus (die Zahl liegt nun schon fast 50% über der Vorschrift), was bestätigt, wie wichtig den Mitgliedstaaten Investitionen in diesem Bereich sind.

Förderung der CO₂-armen Wirtschaft

Zur Unterstützung der CO₂-armen Wirtschaft gehören Investitionen in die Energieeffizienz der öffentlichen Infrastruktur,

von Wohn- und Gewerbeflächen, in die Produktion und Nutzung erneuerbarer Energie, intelligente Verteilernetze und nachhaltigen Stadtverkehr sowie Forschung und Innovation in diesen Bereichen.

Durch die ESIF-Finanzierung werden lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und anderen Behörden erhebliche Beträge zur Verfügung stehen, die dann je nach Bedarf in nachhaltige Energiemaßnahmen investiert werden können.

Diese Mittel können durch andere Quellen, wie Privatinvestitionen, noch weiter ergänzt werden, um nachhaltige Investitionsprojekte zu stärken. In vielen Fällen ist diese ESIF-Finanzierung der Kern eines Finanzierungspakets und löst die Investitionen erst aus.

Kohäsionspolitik und Klimawandel

Den Klimawandel zu verhindern bzw. seine Folgen einzudämmen ist eine strategische Priorität der EU und der Motor der Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft, in der die Energieversorgung gesichert ist.

Die EU hat vereinbart, dass mindestens 20% ihres 960 Mrd. EUR umfassenden Haushalts für den Zeitraum 2014-2020 in Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel fließen sollen. Dies ist ungefähr eine Verdreifachung im Vergleich zu den 6-8% des Zeitraums 2007 bis 2013.



► **BASSE-NORMANDIE/FRANKREICH**
Gezeitenenergie

Meeresenergie ist eine der Prioritäten der Strategie für intelligente Spezialisierung der französischen Region Basse-Normandie. West Normandy Marine Energy, eine 2012 gegründete Organisation zur Förderung und Organisation der Stärkung des Anteils von aus dem Meer gewonnener Energie in der Region, hat bereits zur Entwicklung neuer Technologie zur Nutzung von Gezeitenenergie beigetragen. Prototypen von Alstom und anderen Unternehmen wurden getestet und industrielle Anlagen sollen aufgebaut werden. Es wird erwartet, dass die industrielle Entwicklung der Gezeitenenergie 2030 3700 Arbeitsplätze in der Region sichern wird.



► **NIEDERÖSTERREICH/ÖSTERREICH**
Bau.Energie.Umwelt-Cluster

Beim Bau.Energie.Umwelt-Cluster Niederösterreich handelt es sich um ein Netzwerk der innovativsten lokalen Unternehmen aus allen mit Energieeffizienz sowie nachhaltigem Bauen, Sanieren, Energiemanagement und Energietechnik zusammenhängenden Bereichen. Das Cluster bringt Fachkräfte aus dem Bauwesen mit Forschern zusammen, um diese Herausforderungen anzugehen. Das Cluster wurde mit EU-Mitteln in Höhe von 1 Mio. EUR gefördert.

Europa arbeitet hart daran, seine Treibhausgasemissionen deutlich zu senken, und ist weltweit als eine wichtige Kraft anzusehen, wenn es darum geht, andere Länder zu ermutigen, dasselbe zu tun.

Um die Klima- und Energieziele der EU für 2020 im Hinblick auf die Reduzierung der Treibhausgasemissionen (20%), die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien (20%) und die Steigerung der Energieeffizienz (20%) zu verwirklichen, muss die Investitionstätigkeit im Zeitraum bis 2020 deutlich beschleunigt werden.

Der politische Rahmen für Klima und Energie bis 2030, auf den sich die Staats- und Regierungschefs der EU im Oktober 2014 geeinigt haben, sieht vor, dass weiterhin auf die Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft hingearbeitet wird, und setzt neue Zielvorgaben für Treibhausgasemissionen (minus 40%), den Anteil erneuerbarer Energien (plus 27%) und Energieeffizienz (plus 30%) fest.

Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines wettbewerbsfähigen und sicheren Energiesystems, das sicherstellt, dass Energie für alle Verbraucher bezahlbar ist, die Sicherheit der Energieversorgung der EU erhöht, die Abhängigkeit von Energieimporten verringert und neue Gelegenheiten für Wachstum und Beschäftigung geschaffen werden.

Darüber hinaus hat die Kommission angesichts der politischen Krise in der Ukraine und der grundsätzlichen Bedeutung einer sicheren und ungehinderten Energieversorgung

für die Bürger und Unternehmen der EU im Mai 2014 basierend auf einer umfassenden Studie zur Energieabhängigkeit der Mitgliedstaaten eine EU-Energiesicherheitsstrategie vorgeschlagen.

Die Investitionen der Kohäsionspolitik werden nicht nur unerlässlich sein, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Ziele der Strategie Europa 2020, einschließlich der Kernziele für Klima und Energie, zu erreichen, sondern auch, um zur Sicherung der Energieversorgung beizutragen, wie die Kommission in ihrer Mitteilung zur europäischen Energiesicherheitsstrategie betont hat.

Grünes Wachstum

Die umfassenden Investitionen, die erforderlich sind, um den Energieverbrauch zu senken und die Nutzung erneuerbarer Energien auszuweiten, bergen ein großes Potenzial zur Gründung neuer Unternehmen und Entstehung geschäftlicher Chancen, was sich wiederum positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt. Solche Investitionen verschaffen Europa bereits heute einen Wettbewerbsvorteil in zahlreichen Bereichen.

Man geht davon aus, dass die globale Nachfrage nach umweltfreundlicher Technik, ökologisch verträglichen Produkten und Dienstleistungen sowie nachhaltigen Designideen in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird. Aktuell wird der Markt weltweit auf 1,15 Billionen EUR pro

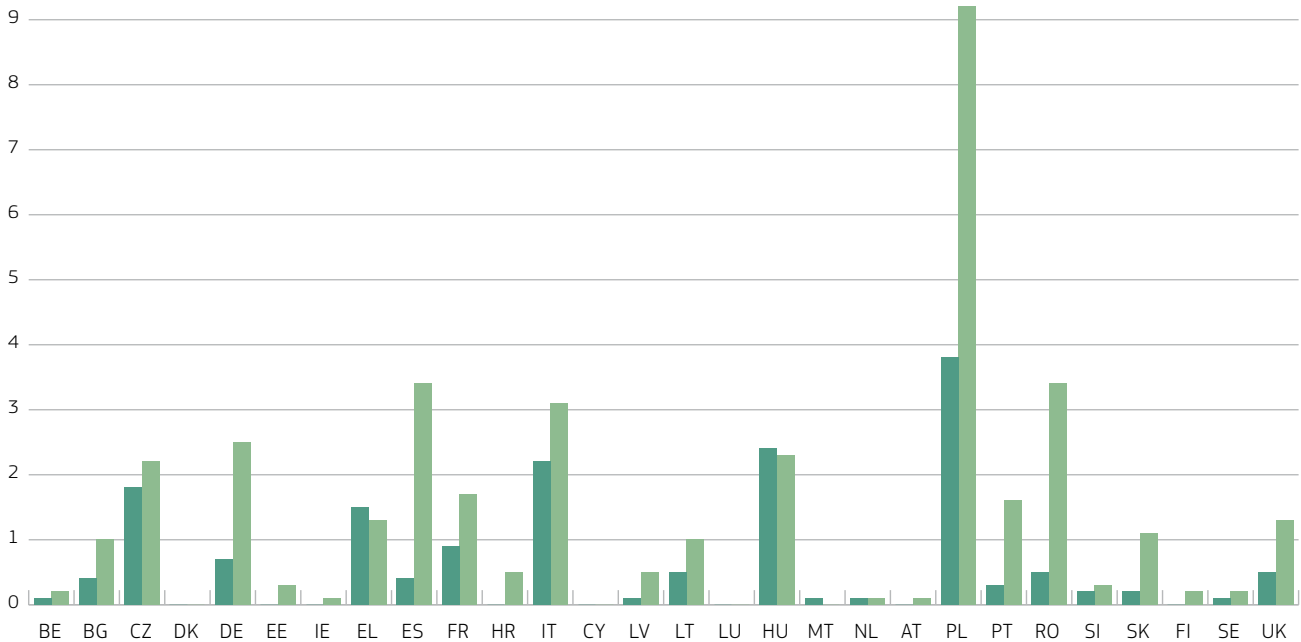
INVESTITIONEN IN DIE CO₂-ARME WIRTSCHAFT

IN DEN PARTNERSCHAFTSVEREINBARUNGEN FÜR 2014 BIS 2020 INVESTITIONEN IN DIE CO₂-ARME WIRTSCHAFT ZUGEWIESENE MITTEL AUS DEM EFRE UND KF IM VERGLEICH ZU EINER SCHÄTZUNG ÄHNLICHER ZUWEISUNGEN FÜR 2007 BIS 2013.

▶ MILLIARDEN EUR

2007-2013
2014-2020

Quelle: Europäische Kommission



Jahr geschätzt, er könnte sich aber fast verdoppeln. Für 2020 liegt die Schätzung bei rund 2 Billionen EUR pro Jahr ⁽¹⁾.

Die EU-Mitgliedstaaten und -Regionen können diese Chancen aufgreifen, indem sie diesen Wachstumsmarkt für sich erschließen. Dazu müssen sie mehr in die Entwicklung von Forschung und Innovation sowie in die unternehmerische Kapazität in Bereichen wie nachhaltige Energie, Ökosystemdienstleistungen und Öko-Innovation investieren.

Ob die Umstellung auf eine CO₂-arme und ressourceneffiziente, innovationsbasierte Wirtschaft Erfolg haben wird, hängt zu einem großen Teil von den Entscheidungen auf städtischer und regionaler Ebene ab. Die Regionalpolitik wird bei der Mobilisierung des Potenzials der Regionen und Städte der EU im Hinblick auf die Abkopplung von Wirtschaftswachstum und übermäßigem Ressourcenverbrauch eine wesentliche Rolle spielen, insbesondere durch die Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3).

Unterstützung einer Infrastruktur für „intelligente Energie“

Das Hauptinstrument für Investitionen in die Energieinfrastruktur auf EU-Ebene ist die Fazilität „Connecting Europe“. In ihrem Rahmen fließen im Zeitraum 2014 bis 2020 5,85 Mrd. EUR in die Verbesserung der transeuropäischen Energieinfrastruktur (TEN-E). Die Kohäsionspolitik unterstützt jedoch

auch Investitionen in Infrastruktur für intelligente Energieverteilungs-, -speicher- und -übertragungssysteme, vor allem in weniger entwickelten Regionen.

Darunter können Investitionen sowohl im Bereich Strom als auch Gas fallen, vorausgesetzt sie tragen zum Aufbau intelligenter Systeme bei und ergänzen die Investitionen zur Unterstützung der Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft.

Vorläufige Schätzungen legen nahe, dass rund 2 Mrd. EUR aus dem EFRE solchen Investitionen zugewiesen werden könnten – ein bedeutender Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Privatinvestitionen durch EU-Mittel anziehen

Die Mittel der EU-Kohäsionspolitik werden durch die nationale öffentliche und privatwirtschaftliche Kofinanzierung ergänzt. Die Mitgliedstaaten haben sich politisch verpflichtet, eine Ausweitung der Rolle von Finanzierungsinstrumenten, wie Darlehen, Bürgschaften und Risikokapital, im Zeitraum 2014 bis 2020 zu erlauben.

(1) „Intelligentes und nachhaltiges Wachstum durch intelligente Spezialisierung – ein praktischer Leitfaden für EFRE-Verwaltungsbehörden“:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/green_growth/greengrowth.pdf

Der Einsatz von Finanzierungsinstrumenten in der Kohäsionspolitik hat stetig zugenommen und war im Zeitraum 2007 bis 2013 zehnmal so hoch wie im Zeitraum 2000 bis 2006. Die Mitgliedstaaten sollten in den laufenden Verhandlungen über die Programme die Vorteile eines Einsatzes von Finanzierungsinstrumenten als eine dank der Nutzung regional, national und/oder EU-finanzierter Instrumente effektivere und nachhaltigere Form der Unterstützung für Energieinvestitionen berücksichtigen. Tatsächlich kann gerade in diesem Bereich der Einsatz von Finanzierungsinstrumenten angemessen – und erfolgreich – sein.

Finanzhilfen können als Ergänzung dienen, um zum Beispiel umfassende Gebäuderenovierungen zu unterstützen, die über die Mindestanforderungen an die Energieleistung hinausgehen, um die Entwicklung innovativer Technik zu fördern oder soziale Probleme anzugehen, die durch die Krise in vielen Regionen verstärkt werden, beispielsweise die Heizmittelarmut.

Im Rahmen von Projekten wie Housing Europe (European Federation of Public, Cooperative & Social Housing) nutzen Wohnungsbauverbände EFRE-Mittel, um privatwirtschaftliche Investitionen für energetische Sanierungsarbeiten anzuziehen. Ein Praxisbeispiel für diesen Ansatz ist das britische Programm Retrofit South East ⁽²⁾.

Der mit Unterstützung des EFRE eingerichtete Holding-Fonds JESSICA finanziert die energetische Renovierung von Wohnblocks in Litauen mit einer Kombination aus subventionierten Darlehen und Finanzhilfen.

In Estland wurde das Finanzierungsinstrument KredEx (estländischer Kredit- und Garantiefonds) eingerichtet, in dem verschiedene Finanzierungsquellen kombiniert wurden: der EFRE, die Entwicklungsbank des Europarats (CEB) und KredEx's eigene Mittel. KredEx arbeitet mit ausgewählten finanziellen Zwischenstellen, um Darlehen zu niedrigen Zinssätzen anzubieten.

Energieeffiziente Gebäude

Der Energieverbrauch europäischer Gebäude ist ein Problem, das unbedingt angegangen werden muss. Fast 40 % des Endenergieverbrauchs – sowie 36 % aller Treibhausgasemissionen – können Wohnhäusern, Büros, Geschäften und anderen Gebäuden des öffentlichen und privaten Sektors zugeschrieben werden. Folglich müssen die öffentlichen und privaten Investitionen in Gebäude umfassend und nachhaltig gesteigert werden, wenn die EU ihre Ziele in den Bereichen Klimawandel und Energie erreichen will.

Im Zeitraum 2014 bis 2020 spielen die Mittel der Kohäsionspolitik eine wichtige Rolle bei der Sanierung von Gebäuden, darunter bei der Energieeffizienz von und der Nutzung

erneuerbarer Energie in Gebäuden. Solche Investitionen haben auch deutliche Vorteile im Hinblick auf regionale Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung sowie auf die Minderung der Energiearmut.

Die städtische Dimension

Im Zeitraum 2007 bis 2013 wurde die „städtische Dimension“ in der Kohäsionspolitik endlich durchgängig berücksichtigt. Etwa 72 % der gesamten EU-Bevölkerung lebt in Städten und ihren Vororten; bis 2050 wird dieser Anteil auf 80 % steigen. Städtische Gebiete sind die Orte, an denen die Wirtschaft wächst, Arbeitsplätze geschaffen werden, Verschmutzung entsteht und knappe Ressourcen verbraucht werden.

Alle städtischen Gebiete sind potenzielle Empfänger kohäsionspolitischer Mittel und werden wahrscheinlich von über 50 % des Budgets der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 profitieren. Darüber hinaus werden etwa 370 Mio. EUR Tests und der Umsetzung innovativer Lösungen für die Herausforderungen einer nachhaltigen Stadtentwicklung zugewiesen.

Strategische Planung und effektive Umsetzung

Im Rahmen der reformierten Kohäsionspolitik werden Investitionen im Bereich Energie viel besser auf nationale Strategien abgestimmt sein als je zuvor. Tatsächlich lautet eine der Voraussetzungen, dass sie in Übereinstimmung mit den nationalen Energieeffizienzaktionsplänen und den nationalen Aktionsplänen für erneuerbare Energie geplant werden müssen.

Aufgrund einer solchen strategischen Planung werden sich die Zuweisungen für verschiedene Arten von Energieinvestitionen in den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheiden und Unterschiede im Hinblick auf das Gesamtvolumen der zur Verfügung stehenden Mittel sowie nationale Bedürfnisse und Prioritäten widerspiegeln.

Sobald alle kohäsionspolitischen Programme eingerichtet sind, kommt es entscheidend auf die Entwicklung und Umsetzung hochwertiger Projekte im Bereich Energie an. Dazu bedarf es der dauerhaften Einbeziehung lokaler, regionaler und nationaler Energiebehörden und Interessengruppen. Die makroregionalen Strategien der EU sowie Programme für die europäische territoriale Zusammenarbeit können hier eine wichtige Rolle spielen, indem sie energetische Fragen durch die Hauptprioritäten Energiesicherheit und -effizienz weiter fördern und unterstützen.

(2) „Vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) der EU von 2007 bis 2013 geförderte Wohnungsbauinvestitionen – Wohnungsbau im Rahmen nachhaltiger Stadtentwicklung“:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/housing/2013_housing_study.pdf

▶ REGIONALE PARTNER KOMMEN IN SCHAREN ZU DEN OPEN DAYS 2014

Der Programmplanungszeitraum 2014-2020 lief langsam an und an die neuen Investitionspläne wurde letzte Hand angelegt... und regionale Partner aus der Kohäsionspolitik kamen in Scharen zu den OPEN DAYS 2014, um an über 100 Workshops und Veranstaltungen teilzunehmen, in denen über die unzähligen Aspekte der Umsetzung der neuen Investitionsbestimmungen diskutiert wurde.

Die 12. Europäische Woche der Regionen und Städte – das jährliche gemeinsam von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss der Regionen organisierte Forum OPEN DAYS – lockte vom 6. bis 9. Oktober über 5 000 Besucher nach Brüssel.

Vertreter von 200 regionalen Partnern und Städten versammelten sich unter dem Motto „Zusammenwachsen – intelligente Investitionen für Menschen“ für die viertägige Veranstaltung in Brüssel. Viele Wissenschaftler, Verbände und andere Interessengruppen waren ebenfalls vertreten. Mit über 250 Journalisten war auch das Interesse der Presse groß.

Auf der Veranstaltung sprachen etwa 700 Redner, darunter 110 gewählte Politiker. Über 100 Workshops sowie die Rekordzahl von 47 Neben- und Networking-Veranstaltungen waren organisiert worden. Wer nicht persönlich teilnehmen konnte, konnte viele Veranstaltungen online im Webstream verfolgen.

Lokale Veranstaltungen in ganz Europa

Anlässlich der OPEN DAYS fanden auch diesmal wieder etwa 300 lokale Veranstaltungen unter dem Motto „Europa in meiner Region/Stadt“ statt.

Die ersten dieser Veranstaltungen, die sich mit Themen rund um die EU-Kohäsionspolitik, Europa 2020 und grenzüberschreitende Zusammenarbeit befassten, fanden im September statt, die letzten Ende November und zogen ein Publikum von circa 30 000 bis 40 000 Menschen an.

Entscheidender Moment für die EU-Kohäsionspolitik

Die diesjährigen OPEN DAYS fanden zu Beginn des neuen Programmplanungszeitraums der Umsetzung des EU-Haushalts für 2014-2020 sowie kurz bevor die neue Kommission ihr Amt antreten und die Rumänin **Corina Crețu** das Amt der Kommissarin für Regionalpolitik übernehmen sollte statt.

Der Slogan der Konferenz „Zusammenwachsen – intelligente Investitionen für Menschen“ wurde bewusst gewählt, um die Bedeutung einer effektiven Umsetzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) durch lokale und regionale Gebietskörperschaften und Empfänger zu unterstreichen. Strukturierte Partnerschaften und zielgerichtete Investitionen sind jetzt eine notwendige Voraussetzung, um die neue ergebnis- und leistungsorientierte EU-Kohäsionspolitik bestmöglich zu nutzen.

„Die OPEN DAYS eignen sich ideal, um zu zeigen, wie wichtig eine geteilte Mittelverwaltung im Kontext der europäischen Struktur- und Investitionsfonds ist“, erklärte der frühere Kommissar für Regionalpolitik **Johannes Hahn**.

„Mithilfe dieses Ansatzes wurden enge Beziehungen nicht nur zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, sondern – und dies ist sogar noch wichtiger – zwischen nationalen, regionalen und lokalen Behörden und Interessengruppen aufgebaut. Dieser integrative Ansatz und das Partnerschaftsprinzip stehen hinter dem Erfolg der Kohäsionspolitik.“

Durch das Prinzip der geteilten Mittelverwaltung und den Partnerschaftsansatz ist die Kohäsionspolitik in der Lage, vor Ort Ziele zu erreichen, Ressourcen zu mobilisieren und Eigenverantwortung zu schaffen. Genau aus diesen Gründen kann die Kohäsionspolitik zu unseren gemeinsamen europäischen Zielen beitragen. Durch die Reform hat sich die Kohäsionspolitik zu einem Instrument entwickelt, mit dem wir mit jeder Herausforderung fertig werden können, die sich uns bis 2020 und darüber hinaus in den Weg stellt.“

Michel Lebrun, Präsident des Ausschusses der Regionen (AdR), betonte: „Jetzt ist es an der Zeit, die Pläne in die Tat umzusetzen und genau darum wird es bei diesen OPEN DAYS“



gehen: darum, dass die EU-Mittel in den Regionen und Städten einen Mehrwert schaffen. [...] ‚Zusammenwachsen – intelligente Investitionen für Menschen‘ – lassen Sie uns das nicht vergessen – ist jetzt genau das, was für diejenigen zählt, die für die Mehrzahl der Programme verantwortlich sind, die jetzt für den Zeitraum 2014-2020 anlaufen.“

Tatsächlich bot die Vielzahl der OPEN-DAYS-Workshops und -Seminare eine wertvolle Plattform für Diskussionen und den Informationsaustausch über neue Möglichkeiten, mit der reformierten Politik zu arbeiten. Da derzeit rund 500 ESIF-finanzierte EU-Programme vorbereitet werden, müssen die öffentlichen Behörden aller Regierungsebenen noch enger zusammenarbeiten, um eine effiziente Verwaltung sicherzustellen.

Hochrangige Reden

Die Konferenz wurde mit einer Reihe von Grundsatzreden eröffnet, welche die jüngsten Ergebnisse zur Regional- und Stadtentwicklung aus dem 6. *Kohäsionsbericht* der Kommission ins Rampenlicht rückten.

Der OECD-Generalsekretär **José Angel Gurría** stellte die neuesten OECD-Untersuchungsergebnisse aus dem *Regionenblick 2014* und dem Bericht über das *regionale Wohlbefinden* vor, die beide auf der Veranstaltung veröffentlicht wurden. Diese Berichte bieten eine wertvolle Zusammenfassung von Informationen zu den Auswirkungen der Krise auf Regionen, den Zustand der subnationalen Finanzen und Regierungsreformen.

Darüber wurde **Luc van den Brandes** Bericht an Kommissar Hahn zur Umsetzung der Multi-Level-Governance und des Partnerschaftsprinzips in der ESIF-Programmplanung für 2014-2020 (siehe Artikel Seite 27) ebenso vorgestellt wie die diesjährige Ausgabe des *Jahrbuchs der Regionen* von Eurostat.

Auf die Auftaktveranstaltung folgte eine gemeinsame Tagung der Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER) des Ausschusses der Regionen und des Ausschusses für regionale Entwicklung (REGI) des Europäischen Parlaments zum Thema „Städte und Regionen auf den Pfad des Wachstum und der Konvergenz zurückbringen – den größtmöglichen Nutzen aus den Instrumenten der neuen Kohäsionspolitik ziehen“.

Die Mitglieder beider Ausschüsse analysierten vor Vertretern europäischer lokaler und regionaler Gebietskörperschaften die Aufnahme des Gesetzgebungspakets zur Kohäsionspolitik 2014-2020. Darüber hinaus konzentrierten sie sich

DIE OPEN DAYS AUF EINEN BLICK



EU-DELEGIERTE IM VERGLEICH ZU NICHT-EU-DELEGIERTEN



WOHER KOMMEN DIE DELEGIERTEN AUS NICHT-EU-LÄNDERN?



18 743km

WEITESTE ANREISE EINES DELEGIERTEN
(Neuseeland ▶ Belgien)

▶ In der Master Class diskutierten Doktoranden und junge Forscher über die zukünftige Kohäsionspolitik und ermittelten Bereiche für weitere Forschungen.



auf neue Instrumente, wie die integrierten territorialen Investitionen (ITI) und die von den Gemeinden durchgeführte lokale Entwicklung (CLLD) in den Regionen sowie auf die Frage, wie Städte und Regionen die verfügbaren Instrumente bestmöglich nutzen können.

Die Diskussion legte den Schwerpunkt insbesondere auf die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass lokale und regionale Gebietskörperschaften über die Kapazität verfügen, die erforderlich ist, um mit den neuen ESIF umzugehen, und wie die Empfänger in diesem Bereich unterstützt werden können.

Positives Feedback

Die hohe Teilnehmerzahl bestätigte, dass, wer mit der Regionalpolitik zu tun hat, die OPEN DAYS keinesfalls verpassen darf.

Das durch die im Anschluss an die Veranstaltung durchgeführte Befragung eingeholte Feedback zeigt, dass die Teilnehmer den tief gehenden Informationsaustausch, der über das, was auf den Websites der Europäischen Kommission zu finden ist, hinausgeht, sehr zu schätzen wissen.

Die OPEN DAYS haben Teilnehmer aus Ländern aus der ganzen Welt angelockt, was einmal mehr zeigt, welche Vorteile es bietet, zur dynamischen regionalpolitischen Gemeinschaft zu gehören.

▶ MASTER CLASS GENERIERT ZUKÜNFTIGE FORSCHUNGS- IDEEN

Zum zweiten Mal in Folge wurde eine Gruppe Wissenschaftler zu den OPEN DAYS eingeladen, um an einer Master Class teilzunehmen und Ideen zur zukünftigen Kohäsionspolitik zu besprechen und zu entwickeln. Ihre Schlussfolgerungen sind ein nachdenklich stimmender Beitrag zur Debatte über die Richtung der Forschung in diesem Bereich.

Die Master Class ist eine gemeinsame Initiative der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, des Ausschusses der Regionen und der Regional Studies Association und steht Doktoranden und jungen Forschern in den Bereichen Regionalpolitik und Stadtentwicklung offen. Durch das Programm aus Vorträgen und Modulen führten Wissenschaftler mit einem hervorragenden Ruf in den Bereichen

Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Experten aus den EU-Institutionen.

Dieses Jahr wurden 29 Teilnehmer von Universitäten in 15 EU-Mitgliedstaaten und drei Nicht-EU-Ländern zur Teilnahme an der Master Class ausgewählt.

Das Master-Class-Programm konzentrierte sich auf drei Themen:

- ▶ Reform der EU-Kohäsionspolitik und ihre Auswirkungen auf die Regional- und Stadtentwicklung in der EU.
- ▶ Aufbau von administrativer Kapazität und Partnerschaften auf lokaler Ebene.
- ▶ Herausforderungen für die Europäische territoriale Zusammenarbeit.

Zur zukünftigen Leistung der EU-Kohäsionspolitik wurde ein „World Café“ organisiert.

Reformen, Governance und Verwaltung

Während der Einzelveranstaltungen, die von Mitarbeitern der Kommission, des AdR und Wissenschaftlern moderiert wurden, teilten sich die Teilnehmer in Gruppen auf, die sich auf unterschiedliche Master-Class-Themen konzentrierten.

Die Gruppe, die sich auf Reformen, Governance und Verwaltung der EU-Kohäsionspolitik konzentrierte, hob hervor, wie wichtig ein stärkerer fachbereichsübergreifender Ansatz bei Governance und lokaler Entwicklung ist. Sie sprach über die Notwendigkeit besserer Partnerschaften und Multi-Level-Governance, durch die lokale Präferenzen besser repräsentiert werden könnten.

Die Gruppe stellte fünf Punkte vor, an denen sich zukünftige Forschung ausrichten könnte:

- ▶ Stärkung der Legitimität der Kohäsionspolitik durch eine effektive Einbindung subnationaler Interessengruppen. Forschung sollte sich auf das Wesen einer effektiven Bottom-up-Einbindung konzentrieren.
- ▶ Entwicklung neuer konzeptioneller Ansätze, welche die Asymmetrien zwischen den verschiedenen europäischen Regionen berücksichtigen. Die Forschung sollte über die statischen Strukturen hinausblicken und sich auf die Dynamik in den Prozessen der politischen Entscheidungsfindung und Umsetzung konzentrieren.
- ▶ Die lang- und kurzfristigen Auswirkungen der makroökonomischen Bedingungen auf problembehaftete Regionen sollten untersucht werden. Die Forschung sollte sich auf die kontraproduktiven Folgen auf regionaler Ebene konzentrieren.
- ▶ Rückbesinnung der politischen Logik auf die regionale Entwicklung, weg vom Wirtschaftswachstum. Statt auf kurzfristige Beschäftigungsinitiativen sollte sich die Forschung auf die Bereitstellung von Sozialleistungen, die Modernisierung der Infrastruktur und öffentlichen Verwaltung etc. konzentrieren, um der wirtschaftlichen Stagnation entgegenzuwirken.
- ▶ Die Leistung einer integrierten Finanzierung untersuchen: bewerten, ob die thematische Konzentration eine bessere

Leistung erbringt als die frühere größere Vielfalt der Initiativen.

Kapazitätsaufbau

Eine zweite Gruppe konzentrierte sich auf den Aufbau der Verwaltungskapazität und diskutierte über die Bedeutung einer guten Governance. Diese Forscher kamen zu dem Schluss, dass sich die Verwaltungskapazität zu einer entscheidenden Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung jedweder europäischen oder nationalen Politik entwickelt hat – dass jedoch die Forschung helfen könnte, die verschiedenen Komponenten der Verwaltungskapazität besser zu verstehen.

Die Gruppe schlug eine weitere Ausarbeitung der Idee und Klärung der Vorstellung von guter Governance vor. Sie hob den Mangel an Indikatoren und Methoden zum Messen der Wirkung von politischen Ansätzen im Bereich Entwicklung hervor.

Die Teilnehmer schlugen eine stärkere Konzentration auf die Reduzierung politischer Eingriffe in die öffentliche Verwaltung vor. Weitere Forschungsanstrengungen zur Rolle der politischen Führung und Zivilgesellschaft in der Sicherstellung des Aufbaus einer leistungs- und wettbewerbsfähigen und flexiblen öffentlichen Verwaltung wurden vorgeschlagen.

Territoriale Zusammenarbeit

Eine dritte Gruppe befasste sich mit Angelegenheiten der territorialen Zusammenarbeit. Die Diskussion konzentrierte sich auf den Prozess der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, da dorthin über 70% der EU-Mittel zur territorialen Zusammenarbeit fließen und wahrscheinlich über 90% der wissenschaftlichen Forschung zu diesem Gebiet sich damit befassen.

Die Gruppe ermittelte *unter anderem* folgende Probleme der territorialen Zusammenarbeit, die für die zukünftige Forschung von Belang sein könnten:

- ▶ Grenzüberschreitende Governance.
- ▶ Stärkung der Kapazität in Programmen zur territorialen Zusammenarbeit.
- ▶ Wie misst man den Erfolg/das Versagen der territorialen Zusammenarbeit.
- ▶ Festlegen einer Typologie zu den unterschiedlichen Realitäten an den Grenzen, um variantenreichere Programme vorzuschlagen.
- ▶ Festlegen einer kohärenten Methodik zur Datenerfassung.

Zu guter Letzt schlug die Gruppe vor, zukünftige Forschung solle sich nicht nur auf praktische Fragen konzentrieren, sondern auch wissenschaftliche Sichtweisen berücksichtigen und sich so darum bemühen, die Verbindungen zur Theorie zu stärken.

► TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT IN DER REFORMIERTEN KOHÄSIONSPOLITIK

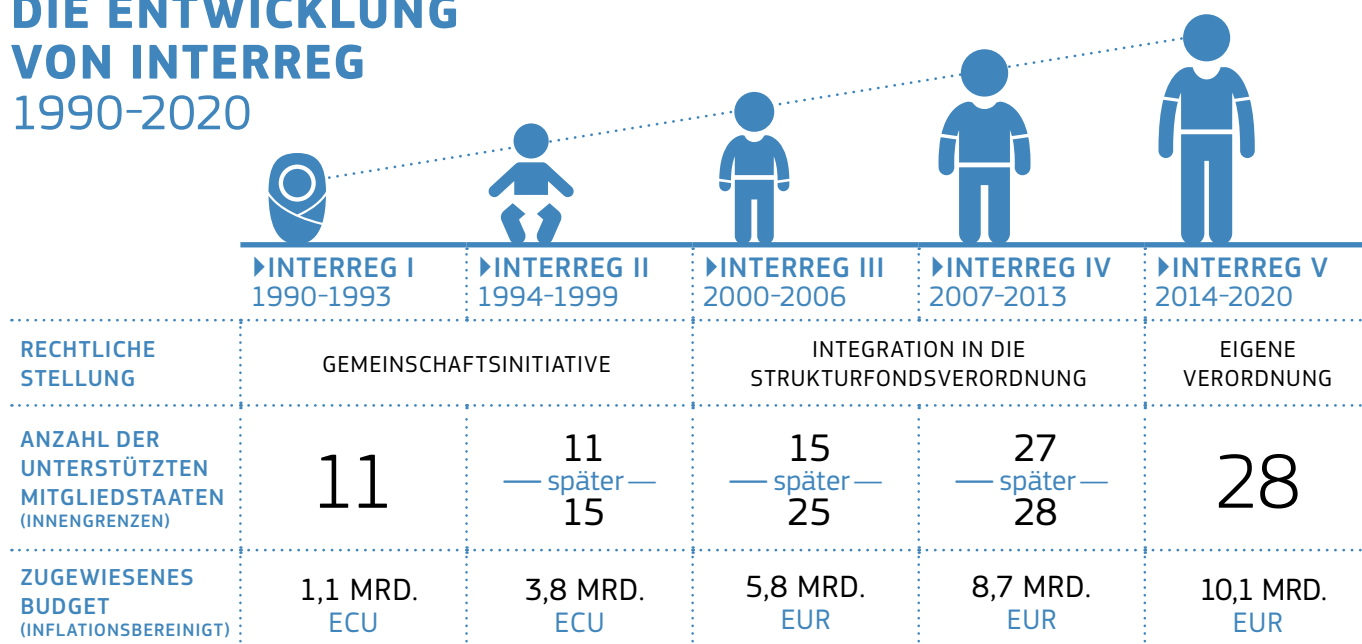
WAS HÄLT DER ZEITRAUM 2014-2020 FÜR INTERREG BEREIT?

Interreg  1990 zunächst als **Gemeinschaftsinitiative mit einem Budget von 1 Mrd. EUR, die sich ausschließlich mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befasste, ins Leben gerufen, wurde Interreg im Jahr 2000 zu einem formellen „Ziel“ der europäischen Kohäsionspolitik. Im Verlauf der Jahre hat sich Interreg zu einem ausgeprägten Instrument zur Unterstützung der Zusammenarbeit von Partnern über Grenzen hinweg entwickelt: zwischen Regionen an den Innen- und Außengrenzen der EU, Regionen innerhalb von transnationalen Gebieten und Regionen über die 28 Mitgliedstaaten hinweg, die voneinander lernen wollen, um intelligentes und nachhaltiges Wachstum zu fördern.**

Dieser Tage beginnt der fünfte Interreg-Programmplanungszeitraum und 2015 feiert die Initiative ihren 25. Geburtstag. Heute werden im Rahmen von Interreg über 10 Mrd. EUR im Rahmen von über 100 Programmen zur Zusammenarbeit in die Kooperation zwischen Regionen und territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Partnern investiert. Interreg hat viele Veränderungen angestoßen: Es hat geholfen, alte Wunden zu heilen und Denkweisen zu ändern, es hat in Brücken, die Grenzen und Kulturen verbinden, investiert, es hat betont, wie wichtig es ist, sich zusammen um gemeinsame Stärken zu kümmern, und es hat in vielen Regionen einen echten Sinn für Zugehörigkeit und Solidarität geschaffen.

Von den Interreg-Programmen wird auch erwartet, dass sie zur Reform der Kohäsionspolitik im neuen Zeitraum 2014-2020 beitragen. Ein strategischerer Ansatz, bessere und eindeutigere Ergebnisse und eine stärkere Konzentration für eine größere Wirkung – all dies sind neue Herausforderungen für die Beteiligten, sowohl für Programme als auch Projektpartner.

▼ DIE ENTWICKLUNG VON INTERREG 1990-2020



INTERREG 2014-2020

1
DER
2
ZIELE DER
EU-KOHÄSIONSPOLITIK

10,1
MRD. VON
351,8
MRD. EUR FÜR DIE
KOHÄSIONSPOLITIK
(PREISE VON 2013)

2,8%
DES GESAMTEN
BUDGETS DER
KOHÄSIONSPOLITIK

107
PROGRAMME
FÜR DIE
ZUSAMMENARBEIT

► GRENZÜBERSCHREITEND INTERREG VA

60 PROGRAMME FÜR DIE
ZUSAMMENARBEIT
INNENGRENZEN **6,6**
MRD. EUR

12 **INTERREG-IPAS**
INSTRUMENT FÜR
HERANFÜHRUNGSHILFE **242***
MIO. EUR

16 **INTERREG-ENPIS**
EUROPÄISCHES
NACHBARSCHAFTS-
UND PARTNERSCHAFTS-
PROGRAMM **634***
MIO. EUR

► TRANSNATIONAL INTERREG VB

15
PROGRAMME FÜR DIE
ZUSAMMENARBEIT

2,1
MRD. EUR

► INTERREGIONAL INTERREG VC

4 PROGRAMME FÜR DIE
ZUSAMMENARBEIT

- INTERREG EUROPA
- INTERACT
- URBACT
- ESPON

► **0,5**
MRD. EUR

* EFRE-Mittel.

Warum zusammenarbeiten?

Gemäß Artikel 174 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union trägt der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) dazu bei, die Ungleichheit in der Entwicklung zwischen den Regionen der EU zu verringern, insbesondere dort, wo die Entwicklung womöglich hinterherhinkt: in ländlichen Gebieten, Regionen, die von einer industriellen Umstellung betroffen sind, die unter schwerwiegenden und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen leiden, auf Inseln, in grenzüberschreitenden oder Gebirgsregionen. Zusätzlich zur Unterstützung von Investitionen für Wachstum und Beschäftigung (das erste Ziel der Kohäsionspolitik 2014-2020) finanziert der EFRE deshalb im Rahmen des Ziels der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (das zweite Ziel der Kohäsionspolitik 2014-2020) auch grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Programme, um die harmonische Entwicklung des Territoriums der Union zu unterstützen⁽¹⁾.

Ein Drittel der EU-Bevölkerung lebt in Grenzgebieten entlang der 38 Innengrenzen, die häufig immer noch von geografischen,

sprachlichen, administrativen und rechtlichen Hürden betroffen sind. In einigen Grenzregionen müssen Interreg-Programme immer noch die Wunden der Vergangenheit heilen und Menschen, die vor Kurzem noch „Feinde“ waren, in „Nachbarn“ verwandeln und dauerhaftes Vertrauen fördern. Die integrierteren Stufen der Zusammenarbeit tragen zu einer harmonischen territorialen Entwicklung bei, indem sie Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen, die dazu beitragen können, Humankapital und Wissen in der Grenzregion zu halten und innovative Unternehmen anzuziehen. Die Zusammenarbeit kann zu einer effizienteren gemeinsamen Ausnutzung brachliegender Potenziale beitragen, um die wirtschaftliche Entwicklung in oft entlegenen Regionen anzukurbeln. Sie hilft auch, auf eine gemeinsame Verwaltung eines gemeinsamen Territoriums hinzuwirken, und erkennt so an, dass natürliche Ressourcen wie Wasser und Luft keine Grenzen kennen.

Die Zusammenarbeit in größeren regionalen Gebieten fügt der regionalen Entwicklung auch eine wichtige weitere europäische Dimension hinzu: Große funktionale Gebiete müssen gemeinsam auf europäischer Ebene analysiert werden, sodass Prioritäten und strategische Antworten gemeinsam gefunden und umgesetzt werden können. Zu guter Letzt ermöglicht die Zusammenarbeit den Aufbau von Netzwerken über die 28 EU-Mitgliedstaaten hinweg, um gute Vorgehensweisen zu entwickeln und den Erfahrungsaustausch mit erfolgreichen Regionen zu ermöglichen. Voneinander zu lernen ist eine echte Stärke, die Europas Regionen gemeinsam haben.

(1) Verordnung über die Europäische territoriale Zusammenarbeit: Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Amtsblatt der Europäischen Union L 347 vom 20. Dezember 2013, Seite 259.



►BELGIEN/FRANKREICH
Grenzüberschreitendes
Gesundheitswesen

Seit über 20 Jahren hat das durch das Interreg-Programm unterstützte Programm zur Zusammenarbeit das Ziel, das Gesundheitswesen für die Menschen im Grenzgebiet zwischen Frankreich und Belgien durch die Stärkung von medizinischen und Gesundheitsdiensten in beiden Ländern und eine Bündelung der Ausrüstung zu verbessern.



Durch eine 2002 zwischen Frankreich und Belgien erreichte und 2011 in Kraft getretene Rahmenvereinbarung sind „Gesundheitsregionen“ entstanden, durch die Patienten die Möglichkeit erhalten, sich auf beiden Seiten der französisch-belgischen Grenze behandeln zu lassen, ganz ohne administrative oder finanzielle Hürden. Schätzungen zufolge ließen sich 2013 15 000 Patienten auf der anderen Seite der Grenze behandeln, ungefähr 6 000 behinderte französische Patienten wohnten in belgischen Einrichtungen und über 500 grenzüberschreitende medizinische Notfalleinsätze wurden durch mobile Notfall- und Intensivpflegedienste auf beiden Seiten der Grenze durchgeführt. Zwei weitere Vereinbarungen zur medizinischen Unterstützung in Notfällen und über Dienste für Menschen mit Behinderungen befinden sich derzeit in der Abschlussphase.

Es wird erwartet, dass das neue Interreg-Programm auf folgende Bedürfnisse und Herausforderungen eingeht:

- IT-Verwaltung von Patienten durch ihre Krankenversicherung.
- Rahmenvereinbarung über die Rückführung von auf der andere Seite der Grenze verstorbenen Patienten.
- Entwicklung der Zusammenarbeit zur Handhabung der Bedürfnisse älterer und auf Hilfe angewiesener Menschen.
- Grenzüberschreitende Projekte für Werbung, Prävention und Patientenaufklärung.
- Verbesserung der Kommunikation von Projektergebnissen.

►BELGIEN/FRANKREICH/IRLAND/VEREINIGTES KÖNIGREICH
InTraDE – Intelligent Transportation
for Dynamic Environment

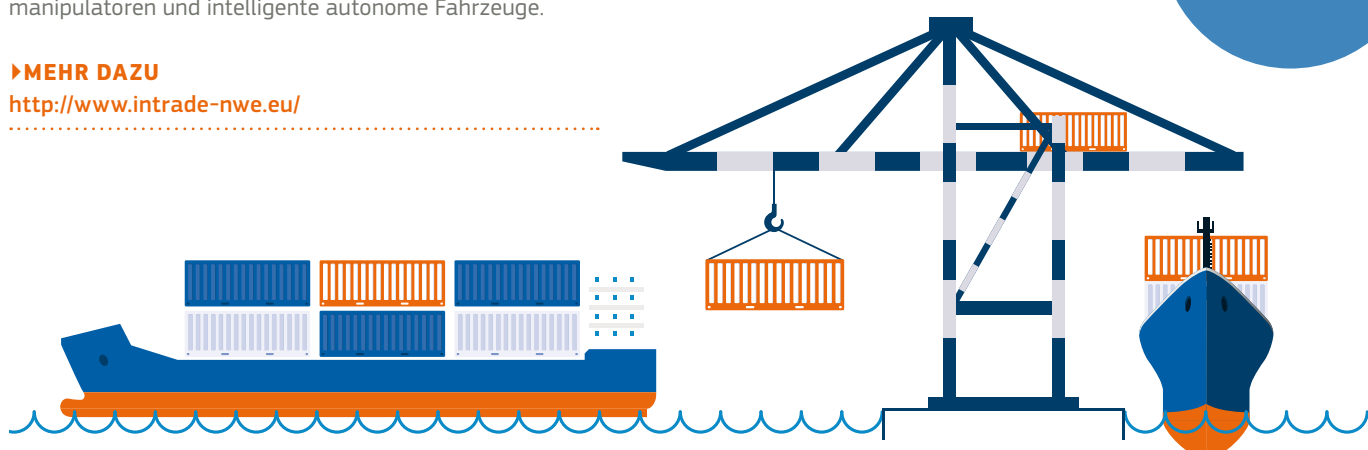
Das im Rahmen des Interreg-IV-B-Programms Nordwesteuropa finanzierte Projekt InTraDE verbessert die Anbindung der Region durch die Förderung intelligenter und nachhaltiger Transport- und IKT-Lösungen.

InTraDE soll ein neues Konzept im Bereich intelligenter autonomer Fahrzeuge zur selbstständigen Handhabung und Steuerung des Güterverkehrs in einem begrenzten Gebiet regionaler Häfen in Nordwesteuropa schaffen; es wird in den Häfen Radicatel (Frankreich), Dublin (Irland) und Ostende (Belgien) getestet.

Eine sozioökonomische Wirkungsanalyse hat gezeigt, dass das Fahrzeug gegenüber bestehenden Containerlenkungssystemen für Häfen einen Vorteil bietet und den Prozess und Platzaufwand für das Verladen und Löschen von Schiffscontainern erfolgreich optimieren und sich an die bestehende Infrastruktur anpassen konnte.

Durch das Projekt konnte erhebliches Wissen aufgebaut werden, das in ein zweijähriges Masterstudienprogramm in englischer Sprache im Bereich Robotik und Transport an der Polytech-Lille und der École Centrale de Lille einfließen wird. Das Programm verbindet eine Reihe praktischer Anwendungsmöglichkeiten durch an beiden Institutionen für Experimente und zur weiteren Entwicklung bereitgestellte technische Prüfstände wie holonome Roboter, Roboter-Manipulatoren und intelligente autonome Fahrzeuge.

►MEHR DAZU
<http://www.intrade-nwe.eu/>



INTERREG vs LÄNDERSPEZIFISCHE PROGRAMME

LÄNDERSPEZIFISCH

KOHÄSIONSPOLITIK – INVESTITIONEN IN DAS
ZIEL WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

INTERREG

KOHÄSIONSPOLITIK – ZIEL EUROPÄISCHE
TERRITORIALE ZUSAMMENARBEITE

▶ GLEICHE ANFORDERUNGEN
AN ERGEBNISORIENTIERTHEIT



LEISTUNGSRAHMEN



...ABER KEINE
LEISTUNGSGEBUNDENE
RESERVE



THEMATISCHE
KONZENTRATION

...ABER SPEZIFISCHE VORSCHRIFTEN
(**80 %** DES BUDGETS ZUR NICHT-TECHNISCHEN
UNTERSTÜTZUNG SOLL SICH AUF MAXIMAL
4 THEMATISCHE ZIELE KONZENTRIEREN)

▶ **11** THEMATISCHE
ZIELE

...PLUS EINIGE WENIGE
SPEZIFISCHE INVESTITIONS-
PRIORITÄTEN

DARUNTER DER DIALOG ZWISCHEN
INSTITUTIONEN UND BÜRGERN



Interreg im Rahmen der reformierten Kohäsionspolitik

Die Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 wurde deutlich reformiert, um eine größere Wirkung zu erzielen. Mit dem übergeordneten Ziel, zur Verwirklichung der Ziele von Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstums beizutragen, muss auf strategischere und integriertere Art und Weise investiert werden. So werden sich die Investitionen aus dem EFRE auf vier Hauptprioritäten konzentrieren: Innovation und Forschung, die digitale Agenda, Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und die CO₂-arme Wirtschaft. Die Interreg-Programme werden zu dieser Konzentration unmittelbar beitragen, dabei aber gleichzeitig ihren spezifischen Fokus auf die Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit über Grenzen hinweg nicht aus den Augen verlieren.

Um die maximale Wirkung der verfügbaren EU-Mittel sicherzustellen, konzentriert sich die reformierte Kohäsionspolitik sogar noch mehr auf Ziele und Ergebnisse durch klare, transparente und messbare Werte und Vorgaben und betont die Evaluierung noch stärker. Die Interreg-Programme sollen außerdem strategischer ausgerichtet sein und ihre Ergebnisse besser und klarer festlegen.

Ein weiteres wesentliches Ziel in diesem Zeitraum ist außerdem die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Finanzierungsinstrumenten, Programmen und Mechanismen zur Zusammenarbeit, wie den makroregionalen Strategien. Von den neuen Interreg-Programmen wird verlangt, ihre Verbindung zu nationalen und regionalen Programmen zu stärken und eine größere Konsistenz mit den neu entwickelten Makroregionen zu zeigen.

Zu guter Letzt konzentriert sich die reformierte Kohäsionspolitik außerdem auf die Vereinfachung, indem sie ein gemeinsames Regelwerk für alle europäischen Struktur- und Investitionsfonds sowie einfachere Buchhaltungsregeln, klarere Vorschriften zur Förderfähigkeit und zielgerichteter Berichtsanforderungen bereitstellt. Die Interreg-Programme werden hoffentlich das Maximum aus diesen Vereinfachungsmöglichkeiten herausholen, um den Verwaltungsaufwand für Leistungsempfänger zu verringern.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperate/cooperation/index_en.cfm

► NACHRICHTEN

[IN KÜRZE]

ERFAHRUNGS- AUSTAUSCH ZU FINANZINS- TRUMENTEN

Auf den diesjährigen Open Days fand eine Podiumsdiskussion zur Arbeit des Projekts FIN-EN – „Sharing Methodologies on Financial Engineering for Enterprises“ (Austausch finanztechnischer Maßnahmen für Unternehmen) – statt, einer Initiative von 13 Institutionen, die jeweils eine andere EU-Region repräsentieren. Dieses einzigartige, vom EFRE im Rahmen des Interreg-IV-C-Programms zur Zusammenarbeit kofinanzierte Projekt hat einen regionsübergreifenden Austausch von Erfahrungen mit Finanzinstrumenten (FIs) angeregt und die Stärken und Schwächen ihrer Umsetzung analysiert.



Da FIN-EN im Dezember 2014 ausläuft, ist es an der Zeit, Bilanz über das Projekt zu ziehen und den Blick nach vorn, auf den Einsatz von FIs im neuen Programmplanungszeitraum, zu richten. Der Kurzbericht des Projekts nennt sechs Bereiche, in denen Raum für weitere Maßnahmen besteht: Kapazitätsaufbau, Kontinuität, Flexibilität, Nutzung, Timing und Zertifizierung.

► MEHR DAZU

FIN-EN-Leitlinien und -Zusammenfassung:
<http://www.fin-en.eu/index.php/fin/guidelines/>

Siehe auch das Profil des Projekts FIN-EN
in *Panorama 47*.



NEUER BERICHT DER KOMMISSION ZU „NORTHERN IRELAND IN EUROPE“

Der am 3. November 2014 in Brüssel vorgestellte Bericht ist ein wichtiger Meilenstein in einer Beziehung, die sich seit der Entscheidung des Kommissionspräsidenten **José Manuel Barroso** 2007, innerhalb der Kommission eine Taskforce Nordirland einzurichten, stetig vertieft hat. **Malcolm McKibbin**, Leiter des Northern Ireland Civil Service, der öffentlichen Verwaltung Nordirlands, erklärte als Vertreter der Region anlässlich der gemeinsamen Einführung, der neue Bericht „bestätigt die schrittweise Änderung in der Einbindung Nordirlands in Europa, die zu ermöglichen die Taskforce gegründet wurde“. Mit einem Blick in die Zukunft fügte er hinzu: „Wir möchten unsere Einbindung in Europa mit ehrgeizigeren Zielen bezüglich der Inanspruchnahme von Mitteln, einer größeren Entschlossenheit, unserer Stimme bei der Gestaltung der Politik Europas Gehör zu verschaffen, und des Wunschs, unsere Region für andere in der gesamten EU zum Partner der Wahl zu machen, weiter stärken.“ Die Taskforce Nordirland wurde nach der Übereinkunft zur Wiederherstellung einer ausgewogenen Machtverteilung in Nordirland im Mai 2007 ins Leben gerufen, an der die beiden größten politischen Parteien, die Demokratische Unionistische Partei (Democratic Unionist Party, DUP) und die Republikanische Partei, Sinn Féin (SF), beteiligt waren. Kommissionspräsident Barroso bot die Gründung einer Taskforce innerhalb der Kommission an, um zu untersuchen, wie Nordirland größeren Nutzen aus der EU-Politik ziehen und wie es sich aktiver am Prozess der EU-Politik beteiligen könnte, um größeren Wohlstand zu schaffen. Die NITF ist außerordentlich flexibel, und die anfängliche Gruppe aus 10 Kommissionsdiensten wurde später auf 18 erweitert. Der neueste Bericht basiert auf einer Eingabe bei der parlamentarischen Versammlung Nordirlands früher im Jahr 2014 zu den Ergebnissen der siebenjährigen Tätigkeit der NITF.

► MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/activity/ireland/report2014.pdf



1. **ADELA NISTORA, Portugal:** Projekt: Hafen von Ponta Delgada, São Miguel, Azoren, Portugal – EU-Fonds: EFRE
2. **IEVA VĪKSNE, Lettland:** Projekt: Neuer Zug in Riga, der die Passagiere über die Eisenbahnbrücken von einer Küste zur anderen bringt – EU-Fonds: EFRE
3. **KRISTINA GRIGUOLĒ, Litauen:** Projekt: Geologisches Forschungsprojekt Litauen – EU-Fonds: EFRE

► Das Poster auf den Seiten 22-23 ist auf Anfrage im A1-Format verfügbar: regio-panorama@ec.europa.eu

EUROPE IN MY REGION – FOTOWETTBEWERB

Die Mittel der EU helfen, eine große Zahl verschiedener Probleme in ganz Europa anzugehen, von der Verbesserung von Verkehrsverbindungen und der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bis zu Investitionen in eine sauberere Umwelt, die Entwicklung neuer Produkte und die Verbesserung von Bildung und Kompetenzen. Der jährliche Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ möchte die exzellente Arbeit hervorheben, die Projekte in ganz Europa mithilfe der EU-Mittel leisten, und untersuchen, was die Projekte für die lokale Bevölkerung bedeuten.

Der Fotowettbewerb 2014 wurde im Sommer abgehalten und lief, wie auch in den Vorjahren, über soziale Medien. Die Beiträge wurden auf eine Online-Plattform hochgeladen, woraufhin die Öffentlichkeit ihre Favoriten wählen konnte. Insgesamt waren über 100 000 einzelne Besuche auf der Facebook-App zu verzeichnen, über 1 000 beitragsberechtigte Fotos wurden eingereicht und mehr als 14 000 Stimmen abgegeben.

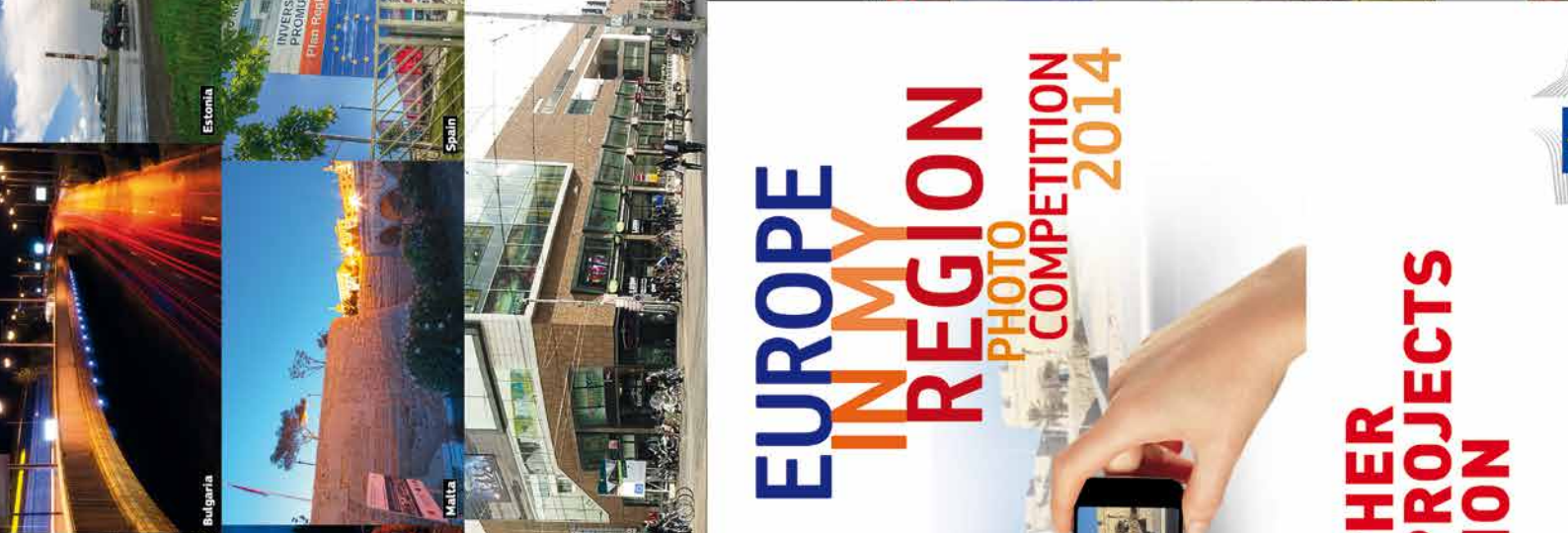
► **1 002**
Wettbewerbsbeiträge aus ► **27**
Ländern

► **14 268**
Stimmen

► **106 474**
einzelne Besucher
der App auf sozialen
Medien

► **3**
Gewinnerinnen

Eine unabhängige Jury aus Experten der Bereiche Fotografie und soziale Medien wählte aus den 100 Fotos, welche die meisten Stimmen erhalten hatten, und einer Auswahl aus 50 „Wildcards“ drei Gewinner. Die Gewinnerinnen waren **Adela Nistora** aus Portugal, **Kristina Griguolė** aus Litauen und **Ieva Vīksne** aus Lettland, die jeweils eine Kameraausrüstung im Wert von 1 000 EUR und eine Reise für zwei Personen nach Brüssel gewannen. Sie nahmen ihre Preise auf einer Zeremonie während der Open Days, der Europäischen Woche der Regionen und Städte, im Oktober in Brüssel von Kommissar Hahn entgegen und erzählten die Geschichten, die hinter ihrem Sieg stehen.



EUROPE IN MY REGION PHOTO COMPETITION 2014



**DISCOVER OTHER
EU FUNDED PROJECTS
IN YOUR REGION**

ec.europa.eu/regional_policy



Romania

United Kingdom

Italy

Latvia

Netherlands

Ireland

Spain

Italy

Latvia

Lithuania

Romania

Slovenia

Italy

Lithuania

Bulgaria

Bulgaria

Portugal

Italy

France

Greece

United Kingdom

Slovenia

Spain

Latvia

Greece

Portugal

Czech Republic

Italy

Slovakia

Spain

Romania

United Kingdom

Italy

Lithuania

Poland

United Kingdom

Malta

Italy

Greece

Poland

Malta

Greece

Italy

Cyprus

Latvia

Greece

Malta

Italy

Cyprus

Latvia

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

Poland

Malta

Italy

Greece

Poland

▶ KAPAZITÄTSAUFBAU

STÄRKUNG DER ADMINISTRATIVEN KAPAZITÄT ZUR VERWALTUNG DER EUROPÄISCHEN STRUKTUR- UND INVESTITIONSFONDS

Die Einführung der neuen Verordnungen zur Kohäsionspolitik 2014 bis 2020 hat die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, sich vollständig an die neuen Bestimmungen zur Nutzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) anzupassen, in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Dies hat unmittelbare Auswirkungen darauf, ob die Mitgliedstaaten ihre Investitionsprogramme angemessen umsetzen und die bestmöglichen Ergebnisse erzielen können. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, um EU-Mitgliedstaaten dabei zu helfen, die Verwaltungskapazität zu stärken und, wo erforderlich, Engpässe bei der Umsetzung anzugehen.

Peer Learning ist eine der besten Arten, um die richtigen Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln.

▶ DANUTA JABŁOŃSKA



▷ SCHULUNG VON FACHKRÄFTEN AUS DEN EU-MITGLIEDSTAATEN ZU DEN NEUEN BESTIMMUNGEN

Im Zuge der Vorbereitungen auf den neuen Programmplanungszeitraum und zur Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten bei der Auslegung und Anwendung der neuen rechtlichen Bestimmungen hat die Europäische Kommission eine Reihe von Schulungsveranstaltungen für die Verwaltungs-, Zertifizierungs- und Prüfbehörden ins Leben gerufen, die mit den europäischen Strukturfonds (d. h. dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – EFRE – und dem Europäischen Sozialfonds – ESF) und dem Kohäsionsfonds zu tun haben.

Die Schulungen konzentrieren sich auf die wichtigsten neuen Elemente des gesetzlichen Rahmens zur EU-Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014 bis 2020 und sind in zwei Module eingeteilt: Eines befasst sich mit Programmplanung und Umsetzung, das andere mit der Finanzverwaltung und Kontrollthemen. Die Schulungen gehen davon aus, dass die Teilnehmer bereits über große Teile des Wissens verfügen. Deshalb ist das Schulungsprogramm so ausgelegt, dass sowohl der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern als auch die Interaktion zwischen Teilnehmern und Mitarbeitern der Europäischen Kommission angeregt werden.

Die Schulung wird über das ganze Jahr 2014 sowie Anfang 2015 durchgeführt; es wird erwartet, dass über 500 Experten aus allen EU-Mitgliedstaaten teilnehmen.

▶ MEHR DAZU

Alle Schulungsmaterialien, einschließlich Präsentationen und Podcasts, stehen auf der Website der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung zur Verfügung:
http://ec.europa.eu/regional_policy/what/future/experts_training_en.cfm

▷ KOLLEGEN KENNENLERNEN UND VONEINANDER LERNEN

Der persönliche Kontakt mit Mitarbeitern der Kommission ist sehr wertvoll, genauso wie die Chance, von meinen Kollegen aus anderen Ländern zu lernen.

▶ GABRIELA HILKOVICOVA



Das Feedback zu der Schulung zeigt, dass die Experten aus den Mitgliedstaaten froh sind, ihre Kollegen aus anderen Ländern zu treffen. Auch die Gelegenheit, die Mitarbeiter der Kommission persönlich kennenzulernen, wird sehr geschätzt.

„Wenn ich in Zukunft eine Frage oder ein Problem habe, kann ich einfach zum Telefonhörer greifen und ganz informell mit dem Länderreferenten in Brüssel sprechen. Das macht das Leben so viel einfacher“, freut sich **Piotr Wolski** vom Marschallsamt der polnischen Woiwodschaft Westpommern. „Durch diesen direkten Kontakt wissen wir auch, was genau verlangt wird. Bei meiner Rückkehr werde ich das Gelernte an mein Team weitergeben.“

Auch **Gabriela Hilkovicova** von der Abteilung für Methodik des slowakischen Regierungsbüros bestätigte den Wert der Schulung. „Obwohl wir vieles bereits wussten, gibt es in diesen Prozessen viele Nuancen und Kleinigkeiten, die wir gründlich verstehen müssen. Der persönliche Kontakt mit Mitarbeitern der Kommission ist sehr wertvoll, genauso wie die Chance, von meinen Kollegen aus anderen Ländern zu lernen.“

▷ NEUES PROGRAMM ZUM AUSTAUSCH UNTER KOLLEGEN FÜR EXPERTEN DER REGIONALPOLITIK

Während die Schulung ein Versuch ist, die Behörden, die mit der Verwaltung der ESI-Fonds im Programmplanungszeitraum 2014 bis 2020 betraut sind, vorzubereiten, arbeitet die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung gleichzeitig an einer weiteren Initiative, mit der ein Programm für einen systematischeren Erfahrungsaustausch unter den EU-Mitgliedstaaten eingerichtet werden soll.

EU-weit sind rund 24 000 Mitarbeiter an der Umsetzung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und des Kohäsionsfonds (KF) beteiligt. Gemeinsam verfügen sie über einen Wissensschatz und unbezahlbares *Know-how*, die an andere weitergegeben werden könnten und sollten, um die Verwaltung der Investitionsprogramme weiter zu verbessern. Eine kürzlich von der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung in Auftrag gegebene Studie hat die hohe Nachfrage nach einem Instrument zum Austausch unter Kollegen in den Verwaltungsbehörden für den EFRE und den KF bestätigt.

Eine Antwort auf den erforderlichen Kapazitätsaufbau in den Mitgliedstaaten

Alles begann mit einer Bedarfsanalyse⁽¹⁾. Anfang 2014 wurden eine Umfrage und eine Reihe detaillierter Interviews durchgeführt, in denen die EU-Mitgliedstaaten zu ihrem Bedarf für die Stärkung ihrer Kapazität im Hinblick auf die Verwaltung des Europäischen Strukturfonds und des Kohäsionsfonds befragt wurden. Das Ergebnis dieser Bedarfsanalyse war eindeutig. Ungefähr die Hälfte der Befragten bestätigten, dass ein Bedarf nach einer weiteren Stärkung ihrer Kapazität bestehe; alle Befragten (90%) fanden, dass ein neues Instrument auf EU-Ebene, das den Austausch von Kollegen erleichtert, eine wertvolle Ergänzung zu den Maßnahmen zum Kapazitätsaufbau (z. B. Schulungen und Beratung) wäre.

Des Weiteren zeigt die Studie, dass bestimmte Arten von Institutionen – insbesondere regionale oder bereichsbezogene Verwaltungsbehörden sowie zwischengeschaltete Stellen – besonders an einem Austausch von Fachwissen interessiert sind, da sie weniger Zugang zu professionellen Netzwerken haben als Prüfbehörden oder Koordinierungsstellen.

(1) Den vollständigen Bericht finden Sie hier online:
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/cees_en.pdf

Ein weiterer interessanter Punkt war die Tatsache, dass die Analyse zeigte, dass die Institutionen in allen Mitgliedstaaten davon ausgingen, dass sie sowohl von Expertise profitieren als auch sie bereitstellen könnten.

REGIO PEER2PEER – ein Pilot austauschprogramm

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bedarfsanalyse wird die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung das Pilotprogramm „REGIO PEER2PEER“ ins Leben rufen, das bis zu 100 Austausche zwischen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes, die für die Verwaltung des EFRE und des KF in den EU-Mitgliedstaaten zuständig sind, finanzieren wird.

Das Programm wird kurzzeitige Austausche finanzieren, die das Ziel haben, Praxiswissen und bewährte Vorgehensweisen zu spezifischen Themen weiterzugeben. Ein Austausch kann in Form einer Studienreise, einer Beauftragung von

Experten oder eines Workshops geschehen. Das Programm soll so gestaltet sein, dass es schnelle Hilfe bietet und den Nutzern bürokratische und logistische Mühen erspart. Zu dem neuen Instrument für den Austausch mit gleichgestellten Kollegen sollen auch Vereinbarungen zur Qualitätssicherung und Evaluierung gehören. Es wird auf die Infrastruktur und Erfahrung mit TAIEX (Instrument für technische Hilfe und Informationsaustausch) zurückgreifen, ein seit Langem etabliertes Instrument. Alle Mitgliedstaaten sind berechtigt, sich zu bewerben. Der Antrag kann von jeder Institution gestellt werden, die sich mit Verwaltungs- und Kontrollaufgaben in Verbindung mit dem EFRE und dem KF befasst.

Das Pilotprogramm zum Austausch unter Kollegen startet 2015 und läuft für einen Zeitraum von zwei Jahren. Am Ende der Pilotphase werden die Ergebnisse der Initiative sorgfältig ausgewertet, um über die Zukunft des Instruments zu entscheiden.

▷ OPEN DAYS 2014 – SCHWERPUNKT PEER LEARNING

Der Austausch unter Kollegen als Instrument zur Stärkung der Verwaltungskapazität im Kontext der Kohäsionspolitik wurde während eines der Workshops auf den Open Days 2014 diskutiert. Im Rahmen des Workshops gaben Behördenvertreter aus den EU-Mitgliedstaaten ihre Erfahrung und die gelernten Lektionen aus der Teilnahme an Programmen zur Unterstützung durch gleichgestellte Kollegen weiter, während die Kommission ein neues Pilotprogramm vorstellte, das gerade entwickelt wird.

Redner und Vertreter aus dem Publikum waren sich über die Vorteile eines Austauschs unter Kollegen im Hinblick auf die Weitergabe von praktischem Wissen und den Aufbau langfristiger Beziehungen einig. **Danuta Jabłońska**, eine Expertin aus der polnischen Verwaltung, welche die kroatischen Behörden unterstützt, betonte zum Beispiel die Bedeutung des „Faktors Mensch“ bei der Verwaltung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und war der Meinung, dass „Peer Learning eine der besten Arten ist, um die richtigen Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln.“

Dobrinka Mihaylova, Leiterin der bulgarischen Prüfbehörde, gab die positiven Erfahrungen ihrer Behörde mit der Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten zur Stärkung ihrer Verwaltungskapazität im Bereich Prüfung weiter, zum Beispiel durch die Möglichkeit, an gemeinsamen Prüfungen teilzunehmen, wo sie von Kollegen lernen und ihre Arbeitsverfahren besprechen konnten. Sie betonte: „Die neuen Freundschaften und ausgetauschten Erfahrungen haben uns allen wertvolle Anstöße gegeben. Wir stoßen in

DURCH
„REGIO PEER2PEER“
WERDEN BIS ZU
— 100 —
AUSTAUSCHE
ZWISCHEN MITARBEITERN DES
ÖFFENTLICHEN DIENSTES
FINANZIERT WERDEN

unserem Arbeitsalltag auf schwierige Fragen und wünschen uns, jemand hätte eine praktische Lösung dafür. Ich sehe bei diesem neuen Instrument zum Austausch unter Kollegen viele Chancen für uns alle.“

Die Präsentationen und die Debatte im Workshop hoben eine Reihe von Voraussetzungen hervor, die herrschen müssen, damit ein Austausch von Fachwissen erfolgreich sein und eine bleibende Wirkung haben kann. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einem beiderseitigen Interesse an dem Unterfangen, einer gründlichen Vorbereitung im Hinblick auf die Planung des Einsatzes und genau definierten Bedürfnissen und erwarteten Ergebnissen. Außerdem ist es wichtig, dass bei der Umsetzung des Austauschs genug Flexibilität bleibt und die Beteiligten aktiv die Verantwortung für den Lernprozess übernehmen.

▶ MULTI-LEVEL-GOVERNANCE

WIE DIE ROLLE DER REGIONEN UND STÄDTE IN DER KOHÄSIONSPOLITIK GESTÄRKT WERDEN KANN

Ein auf Bitten des scheidenden Kommissars für Regionalpolitik, Johannes Hahn, verfasster Sonderbericht weist den Weg zur Stärkung der Kohäsionspolitik durch bessere Multi-Level-Governance und Partnerschaften.

In seinem im Oktober 2014 veröffentlichten Bericht „Multi-level Governance and Partnership: The Van den Brande Report“ (Multi-Level-Governance und Partnerschaften: der Van-den-Brande-Bericht) hebt **Luc Van den Brande**, Sonderberater von Kommissar **Johannes Hahn**, eine Reihe von Möglichkeiten hervor, wie ein besserer Zusammenhalt in die Strategie Europa 2020 einfließen kann, um eine größere Stimmigkeit zwischen der Strategie und den Partnerschaftsvereinbarungen zu erreichen. Des Weiteren schlägt er eine Reihe von Leitlinien dazu vor, wie eine Kultur von Multi-Level-Governance und Partnerschaft in anderen Politikbereichen der EU, die eine territoriale Dimension haben, weiter gestärkt werden könnte.

Van den Brande erklärt: „Ich bin fest davon überzeugt, dass wichtige Strukturreformen nur Erfolg haben, wenn öffentliche und private Akteure auf allen Ebenen zielgerichtet, einvernehmlich und koordiniert gemeinsam handeln. Die modernisierte Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 ist in dieser Hinsicht zweifellos beispielhaft.“

Weißbuch

Der Bericht baut auf einer Reihe von Initiativen auf, die weiter versucht haben, die Prinzipien von Governance und Partnerschaft wieder zu stärken.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) nahm 2009 ein Weißbuch zur Multi-Level-Governance an, die definiert ist als: „Koordiniertes, auf Partnerschaft beruhendes institutionelles Vorgehen der Union, der Mitgliedstaaten und der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zur Ausarbeitung und Umsetzung der Leitlinien der Europäischen Union.“

In diesem Jahr hat der AdR eine „Charta für Multi-Level-Governance in Europa“ angenommen. Diese hat das Ziel, den Respekt für dieses Prinzip in allen Phasen politischer Entscheidungen sowohl auf Ebene der EU als auch der



LUC VAN
DEN
BRANDE

SONDERBERATER
VON KOMMISSAR
JOHANNES HAHN

Van den Brande war von Januar 1992 bis Juli 1999 Ministerpräsident von Flandern. Seit 1994 ist er Mitglied des Ausschusses der Regionen und fungierte zwischen 2008 und 2010 als dessen Präsident. Auf ihn ist die Initiative zur Gründung des Flämischen Instituts für Biotechnologie (VIB) zurückzuführen. Darüber hinaus ist er Vorsitzender des flämisch-europäischen Verbindungsgremiums, Vorsitzender von Flanders Technology International/Technopolis und Verwaltungsratsvorsitzender des VRT (flämischer Rundfunk).

Mitgliedstaaten zu fördern. Über 150 regionale und lokale Gebietskörperschaften haben die Charta bereits unterzeichnet und eine zunehmende Anzahl politischer Entscheidungsträger sichert ihr die Unterstützung zu.

Bindender Grundsatz

Bisher ist die Charta noch kein bindender Grundsatz. Dies könnte nur durch die Gesetzgebung der EU geändert werden. Der grundlegende Leitgedanke wurde jedoch in die Allgemeine Verordnung aufgenommen, auf die sich die Arbeit der europäischen Struktur- und Investitionsfonds stützt. Die Mitgliedstaaten sind nun verpflichtet, in allen Phasen der Programmplanung und auf allen Ebenen eine Partnerschaft aufzubauen.

MULTI-LEVEL-GOVERNANCE EUROPA ALS PARTNER AUFBAUEN

„Wir drängen nach einem neuen Pakt zwischen den europäischen Institutionen und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren sowie zwischen den verschiedenen Ebenen der Macht – auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Vor allem brauchen wir eine starke Führung, eine Führung, die sich dadurch auszeichnet, dass sie einen ehrlichen und fruchtbaren Dialog mit den Bürgern aufrechterhalten und im Rahmen einer Partnerschaft regieren kann.“

Van den Brande erinnert daran, dass sich die Europäische Union im Hinblick auf Governance Schritt für Schritt von einem „Top-down-Modell“ zu einem integrativeren Modell entwickelt hat, in dem gesellschaftliche und wirtschaftliche Partner stärker eingebunden sind. Im Laufe der Zeit haben regionale und lokale Gebietskörperschaften außerdem mehr Möglichkeiten erhalten, in einem „Bottom-up-Ansatz“ zum Integrationsprozess der EU beizutragen. In vielen Mitgliedstaaten spielen sie bei der geteilten Verwaltung der ESF-Fonds und bei der Erarbeitung und Umsetzung der OPs eine wichtige Rolle.

Im Jahr 2000 nahm die Europäische Kommission ein Weißbuch zur europäischen Governance an, das fünf Prinzipien guter Governance in der Entscheidungsfindung der EU hervorhob, nämlich Offenheit, Teilhabe, Verantwortung, Effektivität und Kohärenz. Dass diese Prinzipien im gesamten politischen Kreislauf der EU respektiert werden, ist ein wichtiger weiterer Schritt bei der Etablierung der Ziele der EU und der zunehmenden Eigenverantwortung unter den gesellschaftlichen Partnern.

Laut Van den Brande sollte die auf Multi-Level-Governance basierende Kohäsionspolitik eine Quelle der Inspiration für die Bewertung der Strategie Europa 2020 im nächsten Jahr sein. Die Evaluierung ist eine „exzellente Möglichkeit, die Eigenverantwortung für die Strategie zu erhöhen und eine bessere Umsetzung vor Ort sicherzustellen.“

Europäischer Verhaltenskodex

Der Europäische Verhaltenskodex für Partnerschaft ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung des gemeinsamen Engagements und der Eigenverantwortung für die Kohäsionspolitik.

Der Kodex definiert die Ziele und Kriterien, nach denen die Mitgliedstaaten die Prinzipien Multi-Level-Governance und Partnerschaft umsetzen müssen, lässt den betroffenen Mitgliedstaaten aber ausreichend Handlungsspielraum, um die praktischen Umsetzungsvereinbarungen selbst zu bestimmen.

Auswirkung auf PAs

Die Philosophie der Multi-Level-Governance und engeren Partnerschaften wirkt sich nun nicht nur auf die operativen Programme (OPs), sondern auch auf die neuen Partnerschaftsvereinbarungen (PAs) aus.

Laut dem Bericht zeigt eine erste Bewertung der PAs für den Zeitraum 2014 bis 2020 im Hinblick auf die Prinzipien Multi-Level-Governance und Partnerschaft grundsätzlich, dass es keine fundamentalen Probleme gibt. Die Mitgliedstaaten setzen die Prinzipien Multi-Level-Governance und Partnerschaft jedoch unterschiedlich um, je nach ihrem institutionellen Hintergrund, ihrer Verwaltungskapazität, ihrem Know-how usw. Ungeachtet des Landes gibt es ausreichend Flexibilität, um die Systeme der Kohäsionspolitik an nationale institutionelle Gegebenheiten anzupassen.

Zehn Mitgliedstaaten haben die bestehende Kultur der Multi-Level-Governance und Partnerschaft weiter konsolidiert, weitere zehn haben deutliche Verbesserungen erreicht. In acht weiteren Mitgliedstaaten gibt es noch eindeutig Spielraum zur Verbesserung der Kultur der Multi-Level-Governance und Partnerschaft in der Zukunft.

7-Punkte-Plan

Van den Brande unterstützt den vom AdR in seiner Erklärung von Athen vorgeschlagenen Plan⁽¹⁾.

- ▶ 1. Einbeziehen der territorialen Dimension in die Strategie.
- ▶ 2. Auf Partnerschaft basierende nationale Reformprogramme.
- ▶ 3. Erklären der Multi-Level-Governance zum Standardansatz.
- ▶ 4. Abstimmen des Europäischen Semesters auf echte langfristige Investitionen.
- ▶ 5. Nutzen der Leitinitiativen von Europa 2020 zur Verbesserung der politischen Koordination.
- ▶ 6. Mobilisieren von Mitteln für langfristige Investitionen und dadurch Sicherstellen eines besseren Ausgabeverhaltens.
- ▶ 7. Stärken der Verwaltungskapazität für eine effektivere Umsetzung.

Leitlinien für die Zukunft

Die EU habe zu Beginn eines neuen gesetzgeberischen Auftrags eine echte Chance, einer starken Europäischen Union basierend auf einem intelligenten System der Multi-Level-Governance und einer gemeinsamen Partnerschaftskultur den Weg zu bereiten, so Luc Van den Brande. Er umreißt eine Reihe von Maßnahmen, um den Prozess voranzubringen:

(1) Erklärung von Athen zur Halbzeitbewertung von Europa 2020, angenommen vom AdR auf dem 6. europäischen Gipfeltreffen der Regionen und Städte im März 2014:
<http://cor.europa.eu/en/events/summits/Pages/athens-2014-material.aspx>

▶ Luc Van den Brande stellt Kommissar Johannes Hahn seinen Bericht zu Multi-Level-Governance und Partnerschaft vor.



„ Durch die Verankerung von Multi-Level-Governance und Partnerschaft als Leitprinzipien wird die Kohäsionspolitik in meinen Augen den Weg für andere politische Ansätze/ Strategien der EU (mit einer starken territorialen Dimension) ebnen, wie (den Nachfolger von) Europa 2020, die Klima- und Energiepolitik der EU, Entwicklungszusammenarbeit, Nachbarschaftspolitik, Umsetzung des Stockholmer Programms, Konsolidierung von Grundrechten, Vertiefung des Binnenmarkts..., damit sie wirklich EU-weit umgesetzt werden und alle Ebenen die Verantwortung dafür übernehmen. “

▶ LUC VAN DEN BRANDE – SONDERBERATER VON KOMMISSAR JOHANNES HAHN

- ▶ **NACHWEISBASIERTE MULTI-LEVEL-GOVERNANCE:** Angesichts der unterschiedlichen institutionellen und verfassungsrechtlichen Gegebenheiten in jedem Mitgliedstaat besteht keine allgemeingültige Regelung zur Multi-Level-Governance in der EU. Das Evaluierungssystem muss ergebnisbasiert sein. Der AdR ist derzeit dabei, Multi-Level-Governance-Fortschrittsanzeiger zu erarbeiten, um die Entwicklung der Multi-Level-Governance in bestimmten politischen Bereichen der EU messen zu können.
- ▶ **ORTSBASIERTE MULTI-LEVEL-GOVERNANCE:** Um einen integrativeren Prozess zu ermöglichen, sollte kein Unterschied zwischen konstitutionellen Regionen, Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis und anderen Regionen gemacht werden. Partnerregionen der EU können nach Van den Brandes Ansicht je nach dem Verfassungssystem der einzelnen Mitgliedstaaten sehr breit ausgelegt werden.
- ▶ **AUF DEM WEG ZU EINER AUF MULTI-LEVEL-GOVERNANCE UND PARTNERSCHAFT BASIERENDEN UNION:** Umsetzen der Charta für Multi-Level-Governance in Europa auf allen politischen Ebenen.

▶ **MEHR DAZU**

Multi-Level-Governance und Partnerschaften:
 DER VAN-DEN-BRANDE-BERICHT
http://ec.europa.eu/regional_policy/upload/documents/Commissioner/VandenBrandereport_08102014.pdf

► LÄNDLICHE WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT IN EUROPA

UNTERSTÜTZUNG DURCH DEN EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFTSFONDS FÜR DIE ENTWICKLUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS 2014 BIS 2020

► Ländliche Entwicklung: ein Beispiel dafür, was erreicht werden kann. Bei der 4. PRIORITÄT geht es um die Wiederherstellung, Bewahrung und Verbesserung von Ökosystemen in Verbindung mit Land- und Forstwirtschaft.

Panorama setzt in dieser Ausgabe die Serie über die europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) fort und wendet sich dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu. Die ESI-Fonds – d. h. der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds (KF), der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) und der Europäische Sozialfonds (ESF) sowie der ELER – sind die wichtigsten Fonds, mit denen die EU im Zeitraum 2014 bis 2020 Beschäftigung und Wachstum in der gesamten EU unterstützt. Sie bilden einen wichtigen Beitrag zur Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) finanziert die EU-Beiträge zur ländlichen Entwicklung in der gesamten Europäischen Union. Er ist eine der beiden Säulen der gemeinsamen Agrarpolitik, die auch Direktzahlungen an Landwirte finanziert und die landwirtschaftlichen Märkte unterstützt.

Hintergrund

Ungefähr 80% des Gebiets der EU ist ländlich und der Großteil dieser Fläche wird für die Landwirtschaft genutzt oder ist von Wäldern bedeckt. Die Hälfte der EU-Bevölkerung lebt in ländlichen Gebieten. Das Land ist außerdem für viele Städter eine Quelle der Erholung, Entspannung und Freude. Genau wie menschliche Aktivitäten in der Vergangenheit die Landschaft geformt haben, ist dies auch heute noch der Fall.

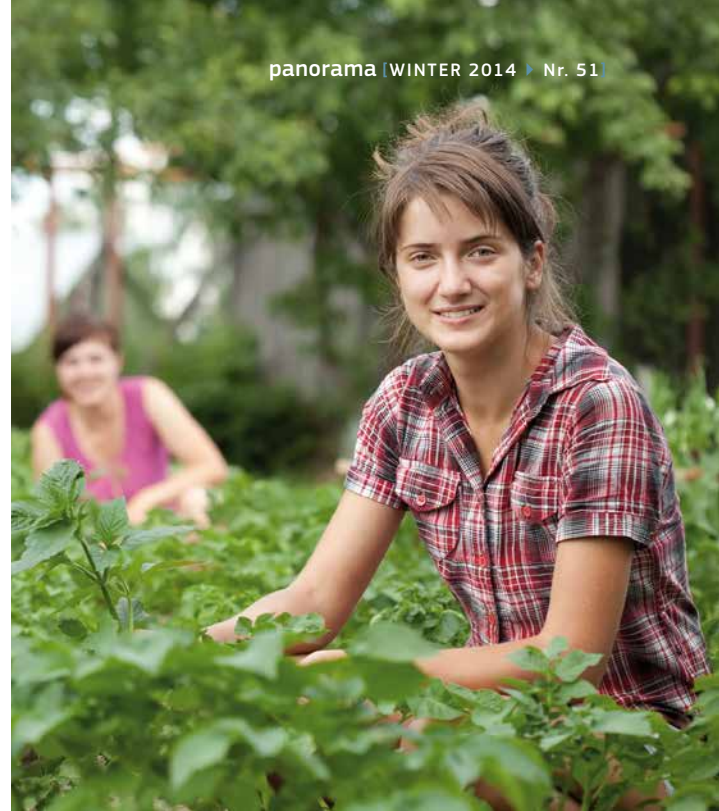
Die ländliche Entwicklung ist ein unerlässlicher Bestandteil der gemeinsamen Agrarpolitik und hat sich in den letzten Jahrzehnten aus der Notwendigkeit entwickelt, landwirtschaftliche Betriebe gezielt im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, die Diversifizierung wirtschaftlicher Gelegenheiten und die Bereitstellung der Natur als öffentliches Gut zu

NETWORKING

Das 2008 ins Leben gerufene Europäische Netzwerk für ländliche Entwicklung (ENRD) und die nationalen Netzwerke für ländliche Räume der Mitgliedstaaten haben bereits wichtige Beiträge zur Verwirklichung der Politik zur ländlichen Entwicklung geleistet und werden dies auch weiterhin tun. Gemeinsam haben sie bewiesen, dass sie das Potenzial haben, in verschiedenen Hinsichten hilfreiche Rollen bei der Stärkung des Werts sowie der weiteren Verbesserung der Qualität und Umsetzung der Pläne zur ländlichen Entwicklung zu spielen. Sie haben geholfen, die Programmplanung einheitlicher zu gestalten und einen regelmäßigen Austausch von Informationen und Vorgehensweisen zwischen Interessengruppen der ländlichen Entwicklung erreicht. Darüber hinaus waren sie für die unerlässliche Arbeit zum Kapazitätsaufbau zur Unterstützung der LEADER-Ansätze von entscheidender Bedeutung und haben gemeinsame Analysen unterstützt, die auf EU- und nationaler Ebene vorteilhafte Perspektiven eröffnet haben. Das Netzwerk wird auch im neuen Programmplanungszeitraum zu weiteren Verbesserungen beitragen.



unterstützten. Dies war verbunden mit der Erkenntnis, dass die Landwirtschaft nicht von der restlichen ländlichen Wirtschaft getrennt betrachtet werden kann. Eine der Eigenheiten der Politik zur ländlichen Entwicklung ist, dass sie darauf ausgerichtet ist, auf die Bedürfnisse ihrer Empfänger einzugehen. Die Projekte sind in der Regel klein und über ländliche Gebiete verstreut.



Unterstützung ländlicher Bedürfnisse

Die Erfahrung zeigt, dass ländliche Bedürfnisse ohne zielgerichtete Unterstützung aufgrund des Finanzierungswettbewerbs der Städte leicht ins Hintertreffen geraten. Und dennoch ist es unerlässlich, den ländlichen Gebieten angemessene Aufmerksamkeit zu schenken. Einige stehen besonderen Herausforderungen gegenüber, darunter zurückgehende Bevölkerungszahlen, ein niedrigeres Bildungs- und Einkommensniveau und mangelhafte Infrastruktur sowie unzureichende Dienstleistungen. ELER-Interventionen helfen, diese Ungleichheit zwischen Stadt und Land anzugehen. Ländliche Gebiete haben jedoch auch ein enormes Potenzial. Sie stellen eine Reihe unerlässlicher öffentlicher Güter wie Lebensmittel und andere Rohstoffe bereit, bieten Landschaften, saubere Luft und reines Wasser und angenehme Orte zum Leben und Arbeiten.

Der ELER spielt eine fundamentale Rolle bei der Unterstützung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Maßnahmen in ländlichen Gebieten. Er stärkt die ländliche Wirtschaft, indem er das Wachstum anregt, die wirtschaftliche Aktivität diversifiziert und Arbeitsplätze schafft. Er finanzierte viele Initiativen und Projekte in ländlichen Gemeinden zur Verbesserung der Lebensqualität und verbessert und bewahrt die ländliche Umwelt, stärkt die Nachhaltigkeit und den Schutz natürlicher Ressourcen, wie Boden, Wasser und biologische Vielfalt, und unterstützt die Bereitstellung öffentlicher Güter.

Sechs Prioritäten

Unter Berücksichtigung der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen, denen sich die ländlichen Gebiete der EU gegenübersehen, wurden für den ELER sechs Prioritäten festgelegt. So wird sichergestellt, dass die Mittel dort, wo sie am dringendsten benötigt werden, ausgegeben und die politische Leistung und die Effektivität in diesem Zusammenhang bewertet werden. Die sechs Prioritäten sind:

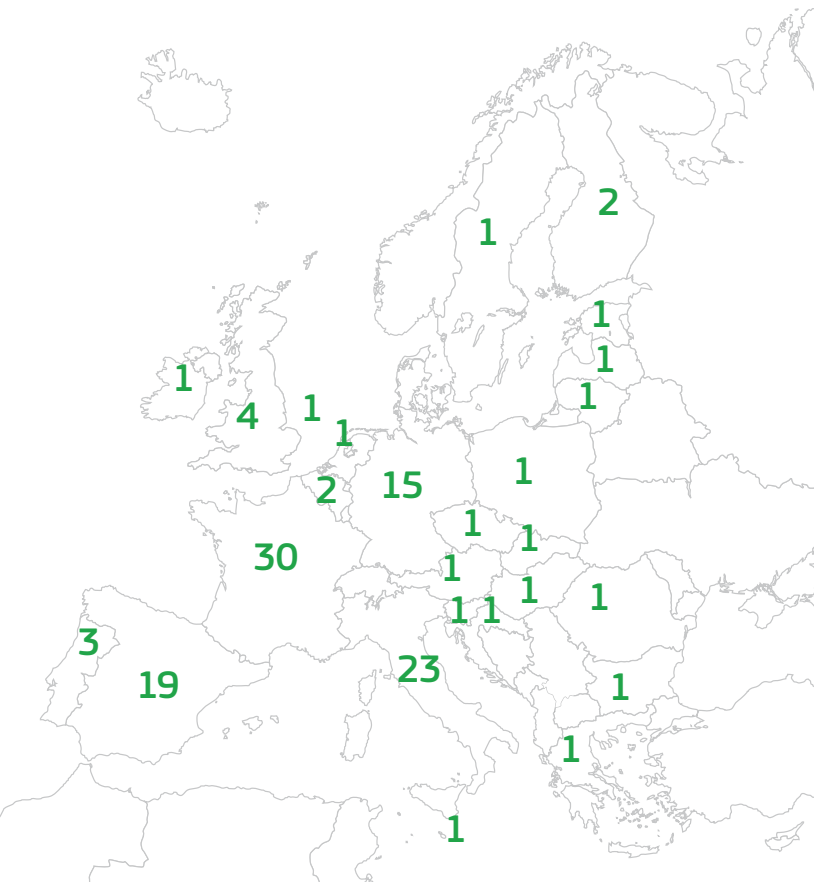
- ▶ 1. Förderung von Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten.
- ▶ 2. Förderung der Lebensfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe aller Art (auf flachem, hügeligem und bergigen Land, große und kleine Betriebe) in allen Regionen und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung.
- ▶ 3. Verbesserung der Organisation der Nahrungsmittelkette, einschließlich der Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und von Werkzeugen des Risikomanagements in der Landwirtschaft.
- ▶ 4. Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der mit der Land- und Forstwirtschaft verbundenen Ökosysteme.
- ▶ 5. Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung des Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstsektors bei der Umstellung auf eine CO₂-arme und klimaresistente Wirtschaft.
- ▶ 6. Förderung der sozialen Integration, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten.

Wie funktioniert der ELER in der Praxis?

Zu Beginn des Programmplanungszeitraums 2014 bis 2020 erstellt jeder Mitgliedstaat ein Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums (RDP, Rural Development Programme) oder eine Reihe regionaler RDPs, um sein ganzes Territorium zu berücksichtigen. Insgesamt wird es im neuen Programmplanungszeitraum 118 RDPs geben.

Die Erarbeitung der RDPs beginnt mit einer Analyse des Territoriums und der Identifikation der Bedürfnisse der ländlichen Gebiete bezüglich der sechs Prioritäten für die ländliche Entwicklung, die dann weiter in 18 Schwerpunktbereiche heruntergebrochen werden. Auf dieser Basis wird eine Strategie entwickelt, um jene Schwerpunktbereiche auszuwählen, die geeignet sind, den nationalen oder regionalen Kontext anzusprechen.

▶ ANZAHL DER PROGRAMME ZUR LÄNDLICHEN ENTWICKLUNG JE LAND INSGESAM ▶ 118



Quelle: Europäische Kommission

Die Schwerpunktbereiche bilden die strukturellen Schlüsselemente jedes RDPs und es gibt immer mindestens ein quantifiziertes Ziel, das durch die Umsetzung des Programms erreicht werden soll. Dann wird eine Reihe von Maßnahmen und Aktivitäten vorgeschlagen, durch die zusammen das Ziel erreicht werden sollte. Zum Beispiel kann zur Verbesserung der Wasserqualität ein Maßnahmenpaket aus Landbewirtschaftung, unterstützender Beratung sowie Investitionen, die alle auf die Reduzierung von Auswaschungen und Abflüssen ausgerichtet sind, erforderlich sein.

Wie viel Geld steht zur Verfügung?

Im EU-Haushalt sind dem ELER für die nächsten sieben Jahre zwischen 2014 und 2020 fast 95 Mrd. EUR zugewiesen. In der Praxis ist dies nur ein Teil des Geldes, das zur Verfügung stehen wird, da für jeden Euro, den die EU beisteuert, die Regierung des Mitgliedstaats und/oder der Empfänger ebenfalls einen Beitrag leisten muss (die Höhe hängt vom wirtschaftlichen Entwicklungsniveau des betroffenen Mitgliedstaats sowie der Art der finanzierten Maßnahme ab).

WEITERHIN DIE NASE VORN



LEADER ist ein Bottom-up-Ansatz in der ländlichen Entwicklung, der von „lokalen Aktionsgruppen“ (LAGs) angestoßen wurde. Über die Jahre hinweg hat sich dieser Ansatz als effektives Werkzeug erwiesen, um die Macht

an „die Menschen vor Ort“ zu übergeben, damit diese die Herausforderungen und Chancen, denen sie sich gegenübersehen, untersuchen, eigene Ideen als Antwort darauf finden und diese in die Realität umsetzen. Wertvolle Lektionen aus dem vorherigen Zeitraum 2007 bis 2013 werden umgesetzt, um die ganz spezifischen Eigenheiten von LEADER im Zeitraum 2014 bis 2020 noch besser nutzen zu können und gleichzeitig die Teilnahme weiter zu erhöhen.

Der LEADER-Ansatz gründet sich auf sieben Grundsätze:

- 1. LOKAL:** wird in einem kleinen, homogenen, sozial zusammengehörenden Gebiet ausgeführt.
- 2. BOTTOM-UP:** lokale Akteure arbeiten die Strategie aus und entscheiden, welche Maßnahmen umgesetzt werden.
- 3. ÖFFENTLICH-PRIVATE PARTNERSCHAFT:** bei den LAGs handelt es sich um ausgeglichene Gruppen mit öffentlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren, die alle erforderlichen Fähigkeiten und Ressourcen mobilisieren können.
- 4. INNOVATION:** LAGs erhalten die Flexibilität, neue Ideen und Methoden einzuführen.
- 5. INTEGRATION:** wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Maßnahmen, anders als bei einem bereichsbezogenen Ansatz.
- 6. NETWORKING:** erlaubt, dass Menschen, Organisationen und Einrichtungen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene voneinander lernen.
- 7. KOOPERATION:** unter LEADER-Gruppen, zum Beispiel zum Austausch von Erfahrungen, um sich gegenseitig ergänzen zu können oder eine kritische Masse zu erreichen.

So teilen sich die EU und die nationalen und lokalen Akteure die Verantwortung für die Bereitstellung der erforderlichen Projektmittel. Darüber hinaus hat eine Reihe von Mitgliedstaaten einige ihrer Zuweisungen für Direktzahlungen umgeleitet, um ihre RDPs zu finanzieren.

Welche Arten von Maßnahmen können finanziert werden?

Aus dem ELER kann eine große Bandbreite an Maßnahmen und Aktivitäten unterstützt werden. Die folgende Liste ist nur eine Auswahl:

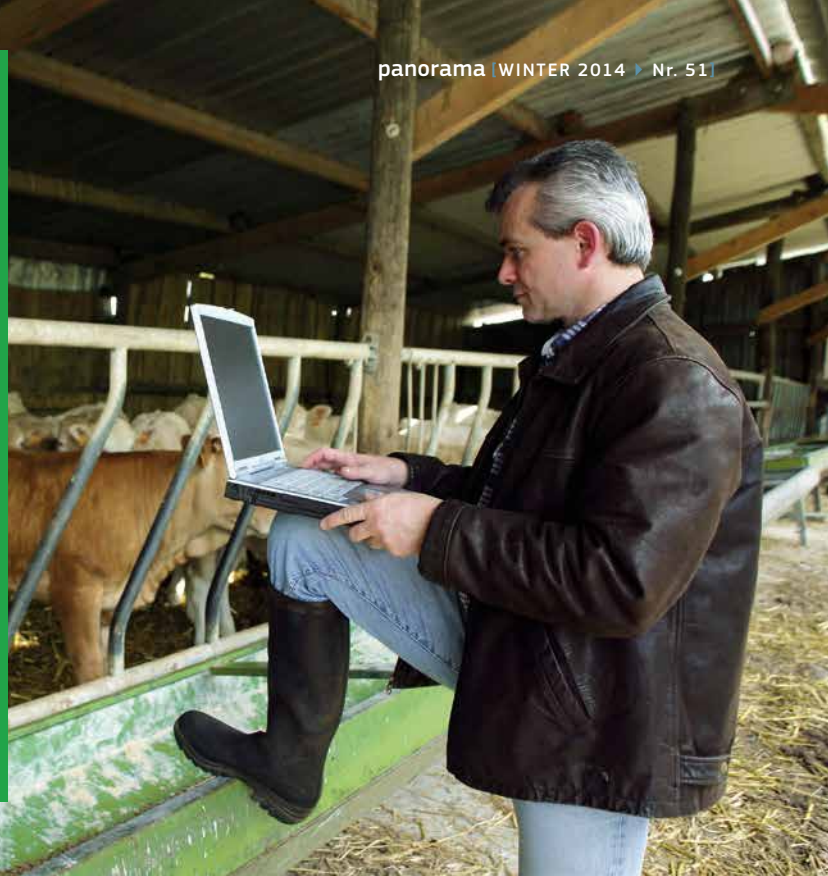
- ▶ **1.** Ein Beitrag zu den Kosten von Investitionen, die auf die Verbesserung der Gesamtleistung und Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe sowie die Vermarktung und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse abzielen, und Investitionen in die Schaffung und Entwicklung von Aktivitäten außerhalb der Landwirtschaft.
- ▶ **2.** Beratungsdienstleistungen, mit denen Landwirten, Förstern und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in ländlichen

INNOVATION

VERSCHIEDENSTE ARTEN VON INNOVATION KÖNNEN EIN MOTOR DES FORTSCHRITTS SEIN.

Die Ziele der Wachstumsstrategie Europa 2020 betonen, wie wichtig es ist, dass alle Teile Europas (ländliche Gebiete und Städte) diesen Innovationsmotor gleichermaßen für sich nutzen. Neue Produkte, Dienstleistungen, Technologien, Prozesse und Organisationsformen gehören zu den Dingen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb oder ein anderes ländliches Unternehmen rentabler machen, eine bessere Fürsorge für die Umwelt erreichen oder das soziale Gefüge auf dem Land stärken können.

Im Zeitraum 2010 bis 2014 wurden verschiedene Entwicklungsmaßnahmen im Dienste der Innovation eingesetzt. Besonders relevant waren Maßnahmen, bei denen es um Wissenstransfer, Beratungsleistungen, Investitionen in Vermögenswerte oder Zusammenarbeit ging. Diese werden in den neuen Programmen noch weiter gestärkt werden.



Leistungen und Vermächtnis

- Gebieten geholfen werden soll, die wirtschaftliche und ökologische Leistung und Klimaresistenz zu erhöhen.
- ▶ **3.** Kapitalbeihilfen von bis zu 70000 EUR zur Unternehmensgründung für junge Menschen, die sich als Landwirte niederlassen wollen, sowie für den Aufbau von Aktivitäten außerhalb der Landwirtschaft in ländlichen Gebieten.
 - ▶ **4.** Berufsbezogene Schulungen, z. B. in Form von Workshops, Kursen, Coaching, Austausch und Besuchen land- oder forstwirtschaftlicher Betriebe.
 - ▶ **5.** Unterstützung grundlegender Dienstleistungen in Dörfern sowie der Erneuerung kleinerer Infrastrukturprojekte aller Art, einschließlich Investitionen in Infrastruktur für erneuerbare Energien, zum Energiesparen und für Breitband.
 - ▶ **6.** Aufbau von Erzeugergruppen und -organisationen, zum Beispiel zur Anpassung von Produktion und Erträgen der Erzeuger an die Anforderungen des Markts und zur gemeinsamen Organisation von Vorbereitung und Verkauf.
 - ▶ **7.** Unterstützung von Landbewirtschaftern, die sich für landwirtschaftliche Verfahren einsetzen, die einen positiven Beitrag zur Umwelt und Eindämmung des Klimawandels leisten.
 - ▶ **8.** Förderung der Umstellung von konventioneller auf biologische Landwirtschaft.
 - ▶ **9.** Unterstützung für Landbewirtschafter, um sie für zusätzliche Kosten und Einkommensverluste zu entschädigen, die auf Natura 2000 oder die Wasserrahmenrichtlinie zurückzuführen sind.
 - ▶ **10.** Zahlungen an Landwirte in gebirgigen und anderen Regionen mit natürlichen oder anderen spezifischen Einschränkungen, um sie für die zusätzlichen Kosten oder Einkommensverluste zu entschädigen, die auf die Einschränkungen für die landwirtschaftliche Produktion in dem betroffenen Gebiet zurückzuführen sind.
 - ▶ **11.** Entschädigung für Landwirte, die freiwillig Maßnahmen zur artgerechten Tierhaltung ergreifen, die über das hinausgehen, was nach den geltenden Bestimmungen Pflicht wäre.

Der ELER bietet Landbewirtschaftern die notwendige finanzielle Unterstützung, damit sie ihr Land auf eine Art und Weise bewirtschaften können, die umweltfreundlich ist und durch die sie gleichzeitig Lebensmittel für unsere Bürger erzeugen und Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und den Lebensmittelbranchen schaffen können. Diese Zahlungen stellen sicher, dass das Land weiterhin vernünftig und nachhaltig genutzt wird, um die vielen öffentlichen Güter bereitzustellen, welche die Gesellschaft erwartet: zum Beispiel Erholung, landschaftliche Schönheit, Möglichkeiten zur Entspannung, Schutz wertvoller natürlicher Ressourcen (Boden, Wasser und biologische Vielfalt) sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Dies trägt auch dazu bei, sicherzustellen, dass wir zukünftigen Generationen einen gesunden Planeten hinterlassen.

Am besten sieht man die Leistungen der ländlichen Entwicklung der EU, wenn man ländliche Gebiete besucht. Landwirtschaftliche Betriebe werden wettbewerbsfähiger, neue ländliche Unternehmen werden gegründet und unsere Landschaft, die Tier- und Pflanzenwelt und natürliche Ressourcen werden geschützt. Die Unterstützung der ländlichen Entwicklung hilft, ländliche Gebiete besser an das örtliche Straßennetz anzubinden, und verbessert Dienstleistungen bezüglich Wasser und Abwasser und soziale Einrichtungen. Ländliche Gemeinden entwickeln eine stärkere Governance und die Lebensqualität der Menschen in ländlichen Gebieten wird verbessert.

Im Zeitraum 2014 bis 2020 sollten die Mittel für die ländliche Entwicklung noch effektiver eingesetzt werden und eine noch bessere Wertschöpfung für die Gelder der EU bieten.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020/index_de.htm

► EU-STÄDTE-AGENDA

NÄCHSTE SCHRITTE

In Europas Städten leben über 360 Millionen Menschen. Das sind über zwei Drittel der EU-Bevölkerung. Diese städtischen Gebiete sehen sich enormen Herausforderungen im Hinblick auf Verkehr und Mobilität, Arbeitsplätze und Unternehmen, Wirtschaft und Umwelt, Wohnungsbau und soziale Probleme gegenüber, um nur einige zu nennen. Mit der Städteagenda ergreift die EU Schritte, um diese Schwierigkeiten, mit denen es Städte zu tun haben, besser in die politische Entscheidungsfindung der EU zu integrieren.

Worum geht es bei der Städteagenda?

Es wird nun schon seit einiger Zeit über die EU-Städteagenda diskutiert. Bereits in der Mitteilung von 1997 „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union“⁽¹⁾ argumentierte die Europäische Kommission, dass neue Anstrengungen notwendig seien, um die Rolle der europäischen Städte als Orte der sozialen und kulturellen Integration, als Quellen des wirtschaftlichen Wohlstands und der nachhaltigen Entwicklung sowie als Basis der Demokratie zu stärken bzw. wiederherzustellen. Seither hat die Stadtentwicklung eine bedeutendere Rolle in der politischen Entscheidungsfindung der EU übernommen, was in der neuen Kohäsionspolitik besonders deutlich wird.

Da die städtischen Herausforderungen jedoch weiterhin immer komplexer werden, sprechen sich immer mehr Stimmen dafür aus, dass die Städte besser in die Konzeptionierung und Umsetzung der politischen Ansätze der EU eingebunden und diese Ansätze besser auf die Realität der Städte, in denen sie umgesetzt werden, abgestimmt werden müssen. Dies spiegelt sich in dem erneuerten Ruf nach einer EU-Städteagenda wider. Als Reaktion darauf hat die Europäische Kommission das CITIES-Forum⁽²⁾ organisiert, um die Debatte über die Notwendigkeit einer EU-Städteagenda anzustoßen. Da auf dem Forum klar und deutlich eine Agenda gefordert wurde, veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung⁽³⁾, mit der öffentliche Konsultationen zu den wichtigsten Merkmalen der EU-Städteagenda eröffnet wurden.

(1) „Wege zur Stadtentwicklung in der Europäischen Union“, COM(97) 197 final.

(2) http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/urban2014/index_en.cfm

(3) „Die städtische Dimension der EU-Politikfelder – Kernpunkte einer EU-Städteagenda“, COM(2014) 490 final.

► SLOWENIEN
Zeitgenössische
umweltfreundliche
Wohnarchitektur
in Ljubljana.



► SPANIEN
Die Trambaix in
Barcelona fährt am
Torre Agbar vorbei.

Öffentliche Konsultation zu den wichtigsten Merkmalen der EU-Städteagenda

Die öffentliche Konsultation zur Städteagenda begann am 18. Juli 2014 und endete am 26. September. Die Konsultation erregte erhebliches Interesse und insgesamt gingen bei der Kommission über 220 Antworten ein. Diese stammen von Privatpersonen, öffentlichen Behörden, Privatunternehmen, internationalen Organisationen, Einrichtungen der Zivilgesellschaft und anderen Institutionen.

15 Mitgliedstaaten haben geantwortet und auch wenn die Konsultation offiziell beendet ist, gehen aufgrund des zeitlichen Ablaufs ihrer Entscheidungsfindungsprozesse immer noch einige Antworten von Mitgliedstaaten ein.



▶ **DEUTSCHLAND**
Gartenarbeit in der Stadt am inzwischen geschlossenen Flughafen Tempelhof, Berlin, der zu einem Stadtpark umgestaltet wird.

Sechs Hauptfragen wurden gestellt.

- ▶ 1. Welche Gründe sprechen für eine EU-Städteagenda?
- ▶ 2. Sollte sich eine EU-Städteagenda auf eine begrenzte Anzahl städtischer Herausforderungen konzentrieren oder einen allgemeinen Rahmen bieten?
- ▶ 3. Ist das in „Städte von morgen“ entworfene europäische Stadtentwicklungsmodell als Ausgangspunkt für die Arbeit ausreichend?
- ▶ 4. Wie können städtische Interessenträger besser zur Politikgestaltung und zu den Umsetzungsprozessen auf EU-Ebene beitragen?
- ▶ 5. Wie können eine bessere städtische und territoriale Wissensbasis und der Erfahrungsaustausch am besten unterstützt werden?
- ▶ 6. Welche Rolle sollten die lokale, regionale, nationale und die EU-Ebene spielen?

Die Fragen wurden allgemein gehalten, damit sich auch neue Beteiligte in die Debatte einbringen konnten, z. B. zu der Frage, ob eine Städteagenda erforderlich ist. Die Antworten werden derzeit ausgewertet und Ende 2014 in einer Zusammenfassung vorgestellt.

Erste Ergebnisse der Konsultation

Die erste Analyse zeigt deutlich eine breite Zustimmung dazu, dass eine EU-Städteagenda notwendig ist.

Die Konsultation zeigt, dass es in mehreren Bereichen einen eindeutigen Bedarf für einen europäischen Ansatz in der Stadtentwicklung gibt, zum Beispiel:

- ▶ Um die Koordination politischer Ansätze zu verbessern.
- ▶ Um eine stärkere Verbindung zum Leben der Bürger herzustellen und ihr Leben zu verbessern.
- ▶ Um die Umsetzung vereinbarter Strategien zu verbessern.
- ▶ Um drängende gesellschaftliche Probleme zu lösen, zum Beispiel die CO₂-freie Wirtschaft.

Auch wenn es darum geht, was gebraucht wird und was nicht, ist die Botschaft klar. Eine große Anzahl derjenigen, die geantwortet haben, bestand darauf, dass Bedürfnisse der Subsidiarität respektiert werden müssen und neue Gesetzgebungsmaßnahmen vermieden werden sollten. Die EU-Städteagenda sollte es Städten möglich machen, sich umfassend in die Verwirklichung der Strategie Europa 2020 einzubringen, sollte den Städten jedoch nicht die Hände binden, indem sie ihnen ein starres Regelwerk auferlegt.

Eine klare Unterstützung zeichnet sich für neue Arbeitsmethoden ab, mit denen die Einbindung der Städte in den politischen Prozess der EU sichergestellt wird. Darüber hinaus argumentieren viele, dass dies mit einem Schwerpunkt auf bestimmte Prioritäten verbunden werden müsse, die für die EU und ihre Städte von besonderer Bedeutung sind, insbesondere solche in Verbindung mit Europa 2020.

Nächste Schritte

Nach dem CITIES-Forum und der öffentlichen Konsultation besteht ein klar geäußertes Bedarfe an einer Städteagenda und auch echte Erwartungen an die Kommission, ihre Vorstellung davon vorzustellen, wie eine EU-Städteagenda aussehen und wie sie konkret funktionieren soll.

Die Konsultation hat die Debatte zur EU-Städteagenda entschieden vorangebracht, auch wenn noch kein Ende der Diskussion in Sicht ist. Die Kommission wird nun basierend auf den Ergebnissen der Konsultation einen Dialog mit wichtigen Interessengruppen zu konkreteren Themen fortführen, ehe sie 2015 ihren Vorschlag auf den Tisch legt.

▶ MEHR DAZU

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/urb_agenda/index_en.cfm

► BEWERTUNG DER EFFEKTIVITÄT DER KOHÄSIONSPOLITIK

KOMMISSION RUFT WETTBEWERB AUS, UM DIE BESTEN EVALUIERUNGEN UND EVALUIERUNGSVORSCHLÄGE ZU FINDEN

Evaluierungen können einen doppelten Zweck erfüllen und sowohl die Effektivität und Wirkung der EU-Investitionen bewerten als auch Ergebnisse hervorbringen, welche die zukünftige Kohäsionspolitik beeinflussen könnten. Da die neuen europäischen Struktur- und Investitionsfonds größeren Wert auf die Ergebnisorientiertheit der operationellen Programme legen, konzentriert die Kommission ihre Bemühungen darauf, gute Beispiele für die Evaluierung von Vorgehensweisen und Methodiken zu finden.

Zwar sind die Erwartungen an die europäischen Volkswirtschaften im nächsten Jahr vorsichtig positiv, doch die Finanzkrise ist noch nicht überstanden und die Bedeutung neuer Finanzierungsquellen nimmt stetig zu. Insgesamt beläuft sich das Budget der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) für den Zeitraum 2014 bis 2020 (d. h. für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds) auf 378 Mrd. EUR. Die Kommissarin für Regionalpolitik, **Corina Crețu**, erinnert uns daran, dass „unsere Mittel das einzige frische neue Geld sind, das für dringend benötigte Investitionen in die Realwirtschaft zur Verfügung steht“. Dies ist mit der Grund für das wachsende Interesse der Medien an der Frage, wofür die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds ausgegeben werden.

Ergebnisse und Effektivität

Dies unterstreicht zunehmend auch die Wirkung der Kohäsionspolitik und wirft viele Fragen auf: Was wurde durch die investierten Ressourcen erreicht? Was hat funktioniert? Was hat nicht funktioniert und warum? Welche relative Wirksamkeit zeigten verschiedene Eingriffe? Was funktioniert in unterschiedlichen Kontexten?

Zwar bestand im Programmplanungszeitraum 2007 bis 2013 keine Verpflichtung dafür, doch die Mitgliedstaaten und Regionen wurden ermutigt, bei Bedarf eigene Evaluierungen

EVALUIERUNGEN 2007 BIS 2013

Bis 2013 wurden mindestens 830 Evaluierungen für den Programmplanungszeitraum 2007 bis 2013 für Maßnahmen des EFRE und des Kohäsionsfonds vorgenommen.

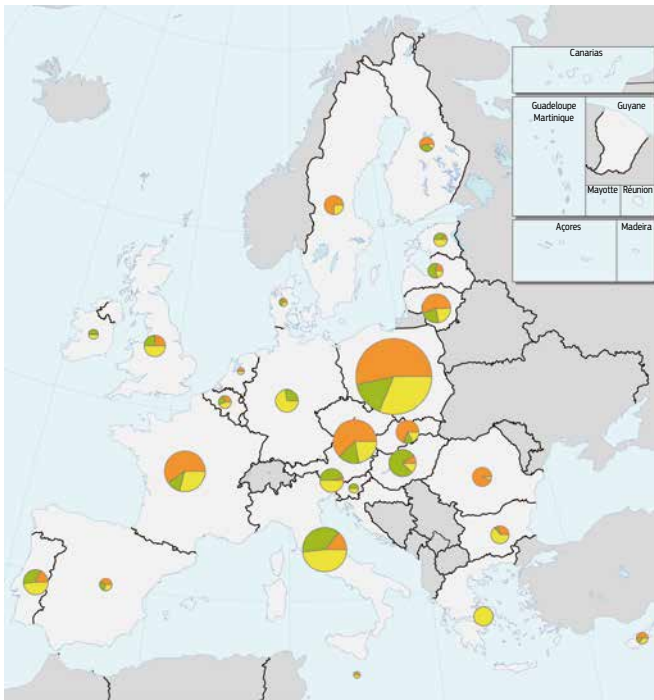
44% der Evaluierungen konzentrierten sich auf Prozesse und Verfahren, 36% auf den Fortschritt der Umsetzung und nur 22% auf Ergebnisse, obwohl sich der Schwerpunkt 2013 stärker auf diese verlegte.

Im Laufe der Zeit gab es auch eine Verschiebung in den angewandten Methoden. Immer mehr Anzahl Evaluierungen nutzen kontrafaktische Techniken, um die Auswirkung der Kohäsionspolitik auf Ergebnisse einzuschätzen (6% 2013 im Vergleich zu 3% im Zeitraum 2011 und 2012).

auszuarbeiten und durchzuführen. Grundsätzlich wurde dieser Ansatz von den Mitgliedstaaten positiv aufgenommen und verschiedene Mitgliedstaaten haben unterschiedliche Evaluierungspläne entwickelt (siehe Kasten).

Die Verordnung zu den europäischen Struktur- und Investitionsfonds für den Zeitraum 2014 bis 2020⁽¹⁾ stellt aufgrund ihrer Ergebnisorientiertheit eine radikale Änderung dar. Die Allgemeine Verordnung betont die Programmziele, die Interventionslogik des Erreichens der erwarteten Ergebnisse und die Evaluierung von Effektivität und Wirkung. Des Weiteren verlangt sie ab 2016 einen Jahresbericht zu den Leistungen und Ergebnissen von den Verwaltungsbehörden und der Kommission, einschließlich, wenn verfügbar, der Ergebnisse der Evaluierung.

(1) Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013, die allgemeine Bestimmungen für die ESI-Fonds festlegt, bekannt als Allgemeine Verordnung.



© EuroGeographics Association for the administrative boundaries

► SCHWERPUNKT DER EVALUIERUNG DER STRUKTURFONDS UND DES KOHÄSIONSFONDS PROGRAMMPLANUNGSZEITRAUM 2007 BIS 2013

LEGENDE:

- Prozess
- Wirkung
- Monitoring

Quelle: Europäische Kommission, GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Referat DGA1.B.2

Vor diesem Hintergrund organisieren die Generaldirektionen Regionalpolitik und Stadtentwicklung sowie Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission für das Jahr 2016 eine Konferenz zur „Effektivität der EU-Kohäsionspolitik“. Die Veranstaltung möchte ein weltweites Publikum anlocken, einschließlich Wissenschaftlern und Fachleuten von Universitäten, aus diversen Ideenschmiedern, öffentlichen Ämtern, Regierungsbehörden und der Privatwirtschaft, um zu besprechen, wie verschiedene Lektionen auf die Evaluierung und die Politikgestaltung umgesetzt werden könnten.

Wettbewerb ins Leben gerufen

Zur Vorbereitung auf die Konferenz haben die Generaldirektionen einen Wettbewerb ins Leben gerufen, um die besten Evaluierungen der EU-Kohäsionspolitik zu finden. Im Zuge des Wettbewerbs werden sowohl die besten abgeschlossenen Evaluierungen als auch die besten Evaluierungsvorschläge gesucht, die für die Bewertung der Effektivität von durch die

Strukturfonds oder den Kohäsionsfonds kofinanzierten Maßnahmen erarbeitet wurden; und zwar vor allem, aber nicht ausschließlich, in den Bereichen Forschung und Innovation, Unterstützung von Unternehmen, IKT, große Infrastrukturprojekte, Beschäftigung, Kompetenzen und soziale Integration oder institutioneller Kapazitätsaufbau.

Der Schwerpunkt des Wettbewerbs liegt darauf, die Effektivität der von den Strukturfonds (d. h. EFRE und ESF) oder dem Kohäsionsfonds kofinanzierten Maßnahmen mithilfe mindestens einer der folgenden drei Methoden zu verstehen:

- *Ex-post*-Kosten-Nutzen-Analysen;
- Theoriebasierte Evaluierungen;
- Kontrafaktische Evaluierungen.

Ein Ausschuss internationaler Experten bewertet die Beiträge sowohl im Hinblick auf die Angemessenheit der Evaluierungsmethodik als auch der möglichen politischen Bedeutung der Ergebnisse für die zukünftige Kohäsionspolitik.

Die Gewinner erwartet ein Preisgeld. Es werden jedoch mindestens die drei besten Beiträge aus jeder Kategorie ausgewählt und die Autoren eingeladen, an der oben erwähnten Evaluierungskonferenz 2016 teilzunehmen.

Welche Investitionen versprechen eine größere Wirkung als andere? Welche Faktoren verbergen sich hinter bestimmten Umständen und könnten sich deutlich auf die Schaffung von Arbeitsplätzen auswirken? Dies sind nur einige der Fragen, deren Antworten die zukünftige EU-Kohäsionspolitik wirklich verändern könnten.

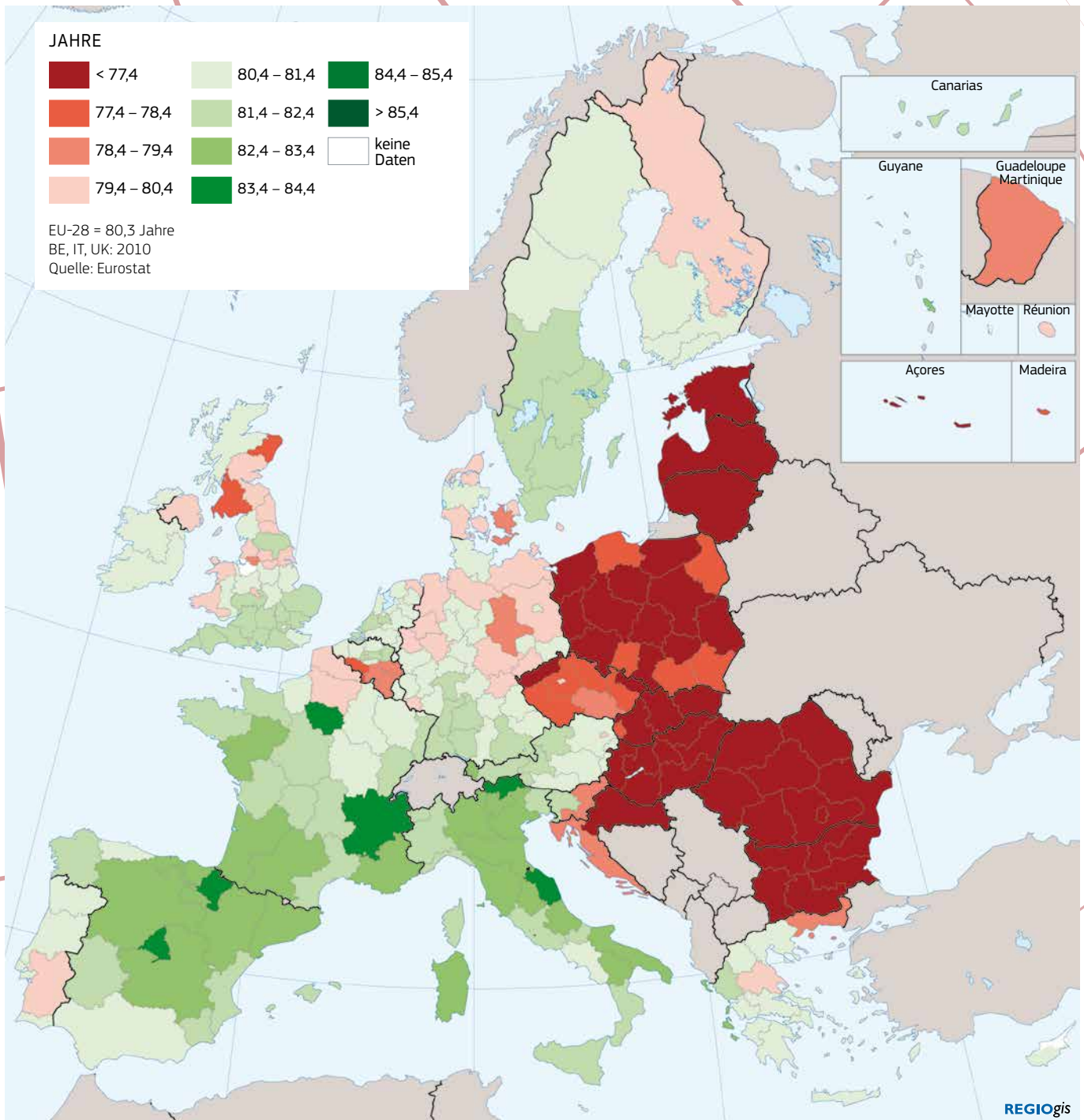
Es gibt jedoch auf diese Fragen keine allgemeingültigen Antworten. Stattdessen gibt es einen kumulativen Lernprozess, der sich aus der harten Feldarbeit, die in ganz Europa im Verlauf vieler Jahre geleistet wird, speist. Die Hoffnung ist, dass wir einen weiteren Schritt hin zur Beantwortung dieser und anderer Fragen machen können, sodass die Kommission alle Evaluierer und Forscher vor Ort zur Teilnahme an dem Wettbewerb ermutigt.

► MEHR DAZU

Die Einzelheiten zum Wettbewerb stehen online zur Verfügung; Bewerbungsschluss ist der 31. Dezember 2015. http://ec.europa.eu/regional_policy/impact/evaluation/index_en.cfm

Adresse für weitere Informationen:
REGIO-EVAL-CONFERENCE@ec.europa.eu

LEBENSERWARTUNG IN DER EU 2011

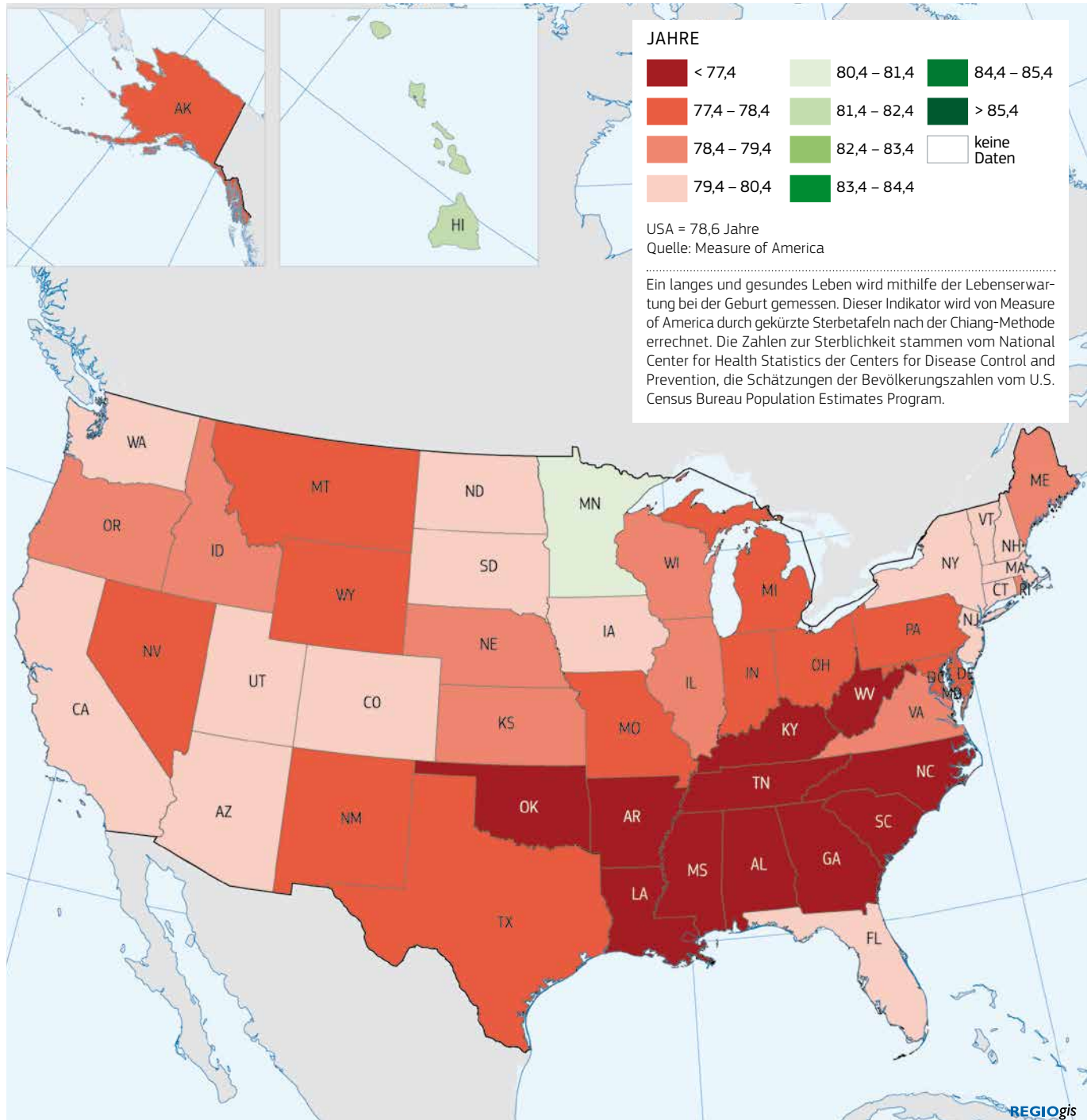
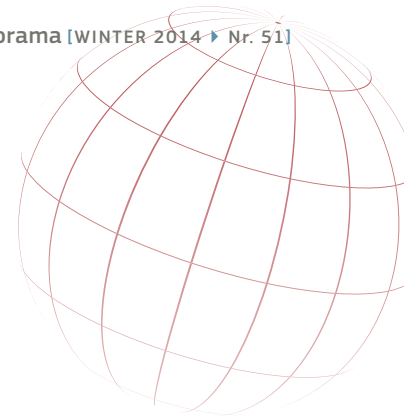


Die Lebenserwartung gehört zu den Punkten, die am meisten über das Wohlergehen aussagen, und im weltweiten Vergleich schneidet die EU hier besonders gut ab.

Von den 50 Ländern mit der höchsten Lebenserwartung im Jahr 2012 sind 21 EU-Mitgliedstaaten. In 18 davon ist die Lebenserwartung höher als in den Vereinigten Staaten.

In den USA ist nur in Hawaii und Minnesota eine Lebenserwartung zu verzeichnen, die über dem EU-Durchschnitt liegt.

▶ LEBENSERWARTUNG IN DEN USA 2010



In einigen der südlichen Bundesstaaten liegt sie ungefähr auf dem Niveau von Polen oder Ungarn. Wie die Europakarte zeigt, sind die Unterschiede zwischen den Regionen der EU deutlich. In vielen Teilen Bulgariens sowie in Lettland und Litauen liegt die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt bei weniger als 74 Jahren, während sie in zwei Dritteln der

gesamten EU bei über 80 Jahren liegt. In 17 Regionen in Spanien, Frankreich und Italien liegt sie bei 83 Jahren und mehr.

► ITALIENISCHE PRÄSIDENTSCHAFT DES RATS DER EUROPÄISCHEN UNION

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE UMSETZUNG DER KOHÄSIONSPOLITIK



Im zweiten Halbjahr 2014 hat Italien die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union übernommen. **Gilda Carbone**, die italienische nationale Sachverständige wurde, berichtet über ihre Erfahrungen und beschreibt die wichtigsten Herausforderungen und Ergebnisse der italienischen Ratspräsidentschaft im Bereich Kohäsionspolitik.

- Die italienische Ratspräsidentschaft übernahm am 1. Juli 2014 das Ruder, in einer Zeit, als bei der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission emsige Betriebsamkeit herrschte. Warum haben Sie sich entschieden, das Angebot, für die italienische Präsidentschaft des Rats der EU zu arbeiten, anzunehmen?

Da ich seit über fünf Jahren bei der GD Regionalpolitik und Stadtentwicklung tätig war und so die Kohäsionspolitik aus der Perspektive der Kommission kennengelernt hatte, war ich sicher, dass die Arbeit für die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union meine Erfahrungen und mein Wissen über die europäischen Institutionen nur bereichern und mir erlauben würde, die Kohäsionspolitik aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Daher nahm ich die Einladung, mich dem italienischen kohäsionspolitischen Team der italienischen Vertretung bei der EU anzuschließen, an. Ich war überzeugt, dass dies eine der Möglichkeiten war, wie die italienische Verwaltung das Maximum aus meiner beruflichen Erfahrung mit Europa herausholen konnte.

- Wie wurde das Programm der italienischen Ratspräsidentschaft für Wachstum und Beschäftigung, was die Kohäsionspolitik angeht, umgesetzt?

Das erste Element des strategischen Programms für die italienische Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union „Europe, a Fresh Start“ (Europa, ein Neubeginn) lautete: „Ein beschäftigungsfreundliches Europa: Wirtschaftswachstum in die Tat umsetzen“. Die italienische Ratspräsidentschaft

trieb ihr Programm für die Kohäsionspolitik innerhalb dieses Rahmens voran.

Was die Regional- und Territorialpolitik angeht, setzte das Programm der italienischen Ratspräsidentschaft folgende Ziele:

- Förderung einer strukturierten politischen Debatte im Rat der Europäischen Union mit dem Ziel, den Fokus weiterhin auf die Sicherstellung der Steigerung der Effektivität und der Verbesserung ergebnisorientierter kohäsionspolitischer Initiativen zu setzen, sowie um ein Nachdenken über die Auswirkungen der Stärkung der Verbindung zwischen strukturpolitischen Ansätzen und wirtschaftspolitischer Steuerung zu fördern.
- Hervorheben, welchen Beitrag eine effektive Kohäsionspolitik zur Bewertung der Strategie Europa 2020 leisten kann.
- Fortführen der politischen Debatte zur EU-Städteagenda, dabei Einführen des Programms des Dreivorsitzes zu territorialem Zusammenhalt und Stadtentwicklung mit dem Ziel, bis Ende 2015 eine Bewertung der Umsetzung des Ziels des territorialen Zusammenhalts der Union abgeben und territorialen Zusammenhalt und Stadtentwicklung besser miteinander verbinden zu können.
- Überwachung der Bewertung der Ergebnisse des Zeitraums 2007 bis 2013 und des Anlaufens der neuen Programme für 2014 bis 2020.
- Beitrag zur Weiterentwicklung und Konsolidierung der Umsetzung der makroregionalen Strategien.

Das kohäsionspolitische Programm der Ratspräsidentschaft konnte vollständig umgesetzt werden.

- Was war die wichtigste Herausforderung des italienischen Halbjahrs?

Die Annahme der Schlussfolgerungen des Rats zum sechsten Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt war definitiv eine Herausforderung. Der sechste Bericht ist ein wichtiges Dokument, das die Kohäsionspolitik als Hauptinvestitionspolitik auf EU-Ebene für die Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und als eine Hauptinvestitionspolitik zum Erreichen der Ziele und Vorgaben der Strategie Europa 2020 sowie ihren Beitrag zur Entschärfung der Krise,



▶ Italiens Premierminister Matteo Renzi präsentiert dem Europäischen Parlament das italienische Präsidentschaftsprogramm.

ihre Relevanz für den „Policy-Mix“ aus Haushaltskonsolidierung, Strukturreformen und von der Kohäsionspolitik unterstützten wachstumsfördernden Investitionen anerkennt.

Die Mitgliedstaaten können je nach ihren spezifischen Umständen unterschiedliche Meinungen über die Kohäsionspolitik sowie ihre Relevanz und Wirkung haben. Auch verschiedene Ansichten über die stärkere Verbindung zwischen Kohäsionspolitik und wirtschaftspolitischer Steuerung und Unsicherheiten in Verbindung mit dem institutionellen Übergangszeitraum sind möglich. Die Herausforderung lautete somit, einen „gemeinsamen Nenner“ zu finden, der einen sinnvollen Fokus für die zukünftigen Entwicklungen zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum bietet.

▶ Was war Ihrer Meinung nach das wichtigste Ergebnis dieser sechs Monate und was glauben Sie, wird von der italienischen Ratspräsidentschaft bleiben?

Das wichtigste Ergebnis, das die italienische Ratspräsidentschaft erreichen konnte, war, dass der Rat der Europäischen Union eine regelmäßige Debatte im Rat für Allgemeine Angelegenheiten zwischen den maßgeblichen Ministern empfahl, um die Umsetzung und Ergebnisse der europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) zu besprechen und so auf sinnvolle Art und Weise deutlich zur Sicherstellung einer effektiven Umsetzung und Ergebnisorientiertheit der Kohäsionspolitik beizutragen.

Dies war ein Erfolg für die gesamte kohäsionspolitische Gemeinschaft: Die Kohäsionspolitik erhält nun regelmäßig eine Stimme im Rat in einem formellen Rahmen. Eine regelmäßige und formelle Debatte zur Kohäsionspolitik auf politischer Ebene gewährleistet nicht nur, dass ein maßgeblicher Teil des EU-Budgets so effektiv wie möglich für die Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung eingesetzt wird, sondern stellt auch sicher, dass die Sicht der Kohäsionspolitik bei der Diskussion von Problemen im Zusammenhang mit Wachstum

und Beschäftigung und zur Nutzung der ESI-Fonds berücksichtigt wird.

Tatsächlich bot der der Kohäsionspolitik gewidmete Rat für Allgemeine Angelegenheiten am 19. November 2014 nicht nur die Gelegenheit, die Schlussfolgerungen zum sechsten Bericht der Kommission zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt anzunehmen, sondern ermöglichte auch, den Beitrag der Kohäsionspolitik zur Halbzeitbewertung der Strategie Europa 2020 sowie den Stand der Dinge bei der Annahme der Programme für 2014 bis 2020 zu besprechen.

Es ist sinnvoll, weiterhin eine regelmäßige und formelle Debatte zur Kohäsionspolitik zu führen und dabei *unter anderem* die jährlichen Kurzberichte der Kommission, die Strategieberichte der Kommission 2017 und 2019 sowie weitere Themen wie die Überarbeitung der Strategie Europa 2020, die Umsetzung des am 26. November 2014 von der Kommission verabschiedeten „Investitionsplans für Europa“, den Kommissionsbericht zu den Ergebnissen der Verhandlungen bezüglich der Partnerschaftsvereinbarungen und Programme für 2014 bis 2020 usw. zu berücksichtigen.

Meiner Ansicht nach war die Debatte im der Kohäsionspolitik gewidmeten Rat für Allgemeine Angelegenheiten eine wichtige Gelegenheit, die Kohäsionspolitik als „eigenständige“ EU-Politik zu bestätigen, die – dank ihrer spezifischen Merkmale wie der Multi-Level-Governance-Struktur sowie dem branchenspezifisch und territorial integrierten Ansatz – weiterhin eine wichtige Rolle für die Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa spielt.



►ERSTES HYBRID- WINDKRAFTWERK

Gesamtkosten:
10 948 000 EUR
EU-Mittel:
6 082 000 EUR



Ein innovativer Windenergieerzeuger wandelt in Deutschland ungenutzten Strom in Wasserstoff zum späteren Gebrauch um.

In der ostdeutschen Uckermark wurde ein innovatives System zur Erzeugung von Strom aus Wind entwickelt, das überschüssige Elektrizität in Wasserstoff umwandelt.

Hinter dem Projekt steckt einer der führenden Windenergielieferanten Europas, die brandenburgische ENERTRAG AG, welche die neue Energietechnik in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, der Deutschen Bahn AG, Vattenfall Europe und Total Deutschland entwickelt hat.

Das 2011 als Pilotprojekt ins Leben gerufene ENERTRAG-Hybridprojekt verbindet einen Windpark mit einer Wasserelektrolyseeinheit, die überschüssige Elektrizität nutzt, um Wasserstoff herzustellen. An Tagen, an denen der Strombedarf groß ist, wird der Wasserstoff in einem Heizkraftwerk, in dem es mit Biogas gemischt wird, um ein ideales Leistungsniveau zu erhalten, zurück in Elektrizität umgewandelt.

Die Möglichkeit, ungenutzte Elektrizität als Wasserstoff zu speichern, hilft, das Stromnetz zu stabilisieren und bietet ein Zukunftsmodell, um einen besseren Lastausgleich mit erneuerbaren Energien zu erhalten.

Überschüssiges Wasserstoffgas kann außerdem in Kraftstoff für Wasserstofffahrzeuge umgewandelt und an Tankstellen in Berlin geliefert werden. Ein weiterer Bonus ist, dass die Abhitze des Kraft-Wärme-Prozesses als Fernwärme für die nahegelegene Stadt Prenzlau genutzt wird.

Das Hybridkraftwerk ist eines der weltweit ersten seiner Art und ein Beispiel für die vielfältigen Möglichkeiten, erneuerbare Energie, die in Windparks erzeugt wird, zu nutzen und zu speichern.

Das vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung kofinanzierte Projekt hat bewiesen, wie einige der drängendsten Probleme, denen sich erneuerbare Energien gegenübersehen, überwunden werden können. Überschüssige Energie aus Windrädern kann vor Ort als Wasserstoff gespeichert und genutzt werden, um Schwankungen im Stromnetz auszugleichen (diese Schwankungen werden durch Unterschiede in der Bereitstellung von Solar- und Windenergie verursacht). So kann erneuerbare Energie absolut flexibel genutzt werden, wann und wo sie gebraucht wird.

Indem es den Einsatz erneuerbarer Energien wie Windenergie stärkt, leistet das Projekt einen wertvollen Beitrag zum Ziel der EU, den Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20% zu erhöhen.

„Das ENERTRAG-Hybridkraftwerk stellt einen Meilenstein der Systemintegration erneuerbarer Energiequellen dar. Wasserstoff ist der beste Weg, um erneuerbare Energie in Mobilität und Heizung zu integrieren“, führt **Jörg Müller**, Vorstandsvorsitzender von ENERTRAG, aus.

►MEHR DAZU

<https://www.enertrag.com/en/project-development/hybrid-power-plant.html>

Weitere Informationen über den EFRE in Brandenburg finden Sie auf der Website der Verwaltungsbehörde:

www.efre.brandenburg.de

▶ EUROPÄISCHE TERRITORIALE ZUSAMMENARBEIT

▶ **UNTERNEHMERINNEN
FÖRDERN EXPORTE UND
UNTERNEHMERISCHE
KOMPETENZ**

Über 200 britische und französische Unternehmerinnen haben sich in einem innovativen grenzüberschreitenden Unternehmensnetzwerk zusammengeschlossen, um unternehmerische Kompetenz, Exporte und bewährte Vorgehensweisen zu fördern.

B.NEW – das Business Network for Enterprising Women – wurde 2009 ins Leben gerufen, um die unternehmerischen Talente von Frauen aus der Bretagne (FR), Cornwall und Hampshire (UK) zusammenzubringen. Ziel war die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Netzwerks, das die Gründung von durch Frauen geführte Unternehmen und deren internationale Entwicklung fördern sollte. Seit seiner Gründung sind über 200 britische und französische Unternehmerinnen dem Online-B.NEW-Netzwerk beigetreten.

Diese Unternehmerinnen repräsentieren eine Reihe von Branchen, angefangen bei Mode und Unternehmensberatung bis hin zu Tourismus, Kunsthandwerk, Design und Filmproduktion.

Eines der Hauptziele der Organisation ist es, Frauen zu helfen, ein Unternehmen zu gründen und weiterzuentwickeln. Außerdem kann das Netzwerk helfen, Jungunternehmerinnen Zugang zu erfahrenen Geschäftsfrauen auf der anderen Seite des Ärmelkanals zu verschaffen. Durch sein Kontaktnetzwerk öffnet das Netzwerk auch die Tür für die Ausweitung des grenzüberschreitenden Exports.

B.NEW hat das Ziel, sich über bewährte Vorgehensweisen im Hinblick auf Unternehmertum durch Frauen in England und der Bretagne auszutauschen und die interkulturellen Beziehungen und Geschäfte zwischen Unternehmerinnen in den beiden Ländern zu stärken. Das Netzwerk hat eine Datenbank mit den an B.NEW beteiligten Unternehmen erstellt. Dadurch wird die Internationalisierung von Unternehmen unterstützt und Unternehmerinnen wird geholfen, Zugang zu europäischen und nationalen Mitteln zu erhalten. Zur Website des Netzwerks gehört ein Forum, in dem sich Mitglieder über Erfahrungen und bewährte Vorgehensweisen austauschen und neue Kontakte knüpfen können.

B.NEW fördert darüber hinaus den Fremdsprachenerwerb und das Wissen über Unternehmensgründung und IT-Entwicklungen. An Aktivitäten des Netzwerks, wie Workshops, Kurse



Gesamtkosten:
1 783 000 EUR
EU-Mittel:
891 000 EUR

und Networkingveranstaltungen, haben sich bis jetzt ca. 400 Unternehmen beteiligt. An den Sprach- und IKT-Schulungen haben über 60 Frauen teilgenommen.

B.NEW spielt auch eine grundlegende Rolle dabei, die Dynamiken des weiblichen Unternehmertums kennenzulernen. Es hat durch vergleichende Untersuchungen zur Lage von Unternehmerinnen in den verschiedenen Regionen bereits Schritte in diese Richtung unternommen. Dies wurde durch Gespräche am runden Tisch und Interviews ermöglicht, mit denen ermittelt werden sollte, welchen Hindernissen Unternehmerinnen begegnen und mit welchen möglichen Maßnahmen diese angegangen werden könnten. Das Projekt wird Entscheidungsträgern sowohl in Frankreich als auch in England Empfehlungen vorlegen, um zu helfen, das Unternehmertum durch Frauen voranzutreiben.

Das Projekt wurde durch den EFRE im Rahmen des INTERREG-IV-A-Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Frankreich (Kanal) – England gefördert. Gesamtziel war die Gründung neuer Unternehmen und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie die Verbesserung des Zugangs zu qualifizierten Arbeitsplätzen für Frauen auf beiden Seiten des Ärmelkanals.

▶ **MEHR DAZU**
<http://www.bnew-project.eu/>

TERMINE**19. JANUAR 2015**

_Brüssel (BE)

Finanzierungsinstrumente
zur Unterstützung der
ESI-Fonds

4.-6. FEBRUAR 2015

_Riga (LV)

2. EU-Kohäsions-
politikkonferenz

5. MÄRZ 2015

_Brüssel (BE)

Wie können regionale
und lokale Partner
zusammenarbeiten, um
die Ziele von Europa 2020
zu verwirklichen?

Weitere Informationen zu diesen Veranstaltungen finden
Sie auf unserer Inforegio-Website in der Rubrik „Agenda“:

[http://ec.europa.eu/regional_policy/
conferences/agenda/index_de.cfm](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm)

BLEIBEN SIE IN VERBINDUNG

 www.ec.europa.eu/inforegio

 www.twitter.com/@EU_Regional

 www.yammer.com/regionetwork
GD REGIO Plattform für Zusammenarbeit

 www.flickr.com/euregional

 Abonnieren Sie unsere REGIOFLASH
www.inforegiodoc.eu

 www.twitter.com/CorinaCretuEU



■ Amt für Veröffentlichungen

Europäische Kommission,
Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung
Kommunikation – Ana-Paula Laissy
Avenue de Beaulieu 1 – B-1160 Brussels
E-mail: regio-panorama@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm

